



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 28. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, den 30. November 2016, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.600

Vorsitz: Willi Brase, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Fachgespräch zum Thema "Gemeinwesenarbeit"

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 19**

Gespräch mit dem 1. Vorsitzenden des BürgerBus
Isengener Land e. V., Herrn Herbert Pieper, über
das Thema "Bürgerbusse"

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 23**

Verschiedenes



011-

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Sitzung des UA Bürgerschaftliches Engagement (13. Ausschuss)

Mittwoch, 30. November 2016, 17:00 Uhr

CDU/CSU

Ordentliche Mitglieder

Pahlmann, Ingrid

Patzelt, Martin

Schwarzer, Christina

Steiniger, Johannes

Stier, Dieter

Wellenreuther, Ingo

Zollner, Gudrun

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Irlstorfer, Erich

Koob, Markus

Schiewerling, Karl

Steffel Dr., Frank

Stefinger Dr., Wolfgang

Strenz, Karin

Wendt, Marian

Unterschrift

24. November 2016

Anwesenheitsliste gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes
Referat ZT 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659 Fax: +49 30 227-36339

Seite 1 von 3



Ull.

18. Wahlperiode

Sitzung des UA Bürgerschaftliches Engagement (13. Ausschuss)
Mittwoch, 30. November 2016, 17:00 Uhr

SPD

Ordentliche Mitglieder

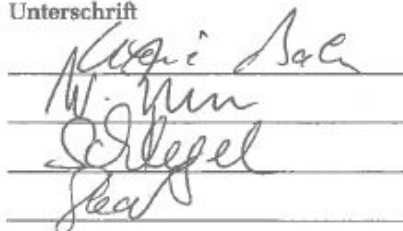
Bahr, Ulrike

Brase, Willi

Schlegel Dr., Dorothee

Stadler, Svenja

Unterschrift



Stellvertretende Mitglieder

Engelmeier, Michaela

Junge, Frank

Nissen, Ulli

Rix, Sönke

Unterschrift

DIE LINKE.

Ordentliche Mitglieder

Hein Dr., Rosemarie

Unterschrift





011.

18. Wahlperiode

Sitzung des UA Bürgerschaftliches Engagement (13. Ausschuss)
Mittwoch, 30. November 2016, 17:00 Uhr

DIE LINKE.

Stellvertretende Mitglieder

Werner, Katrin

Unterschrift

BÜ90/GR

Ordentliche Mitglieder

Schulz-Asche, Kordula

Unterschrift

K. Schulz-Asche

Stellvertretende Mitglieder

Schauws, Ulla

Unterschrift



U11.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement
(13. Ausschuss)
Mittwoch, 30. November 2016, 17:00 Uhr**

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
<i>T. Oosten</i>	<i>DIE LINKE</i>	<i>[Signature]</i>
<i>Bähr, Claudia</i>	<i>DieLinke</i>	<i>C. Bähr</i>
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zum Thema "Gemeinwesenarbeit"

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 28. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Als Sachverständige für das heutige Fachgespräch zum Thema „Gemeinwesenarbeit“ unter Tagesordnungspunkt 1 heiße er Herrn Professor Dr. Wolfgang Hinte vom Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung an der Universität Duisburg-Essen (ISSAB) sowie Herrn Dr. Ingo Gottschalk, Leiter der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung Magdeburg herzlich willkommen. Er begrüße an dieser Stelle auch bereits Herrn Herbert Pieper, der unter Tagesordnungspunkt 2 über die Arbeit des BürgerBus Isenhagener Land e. V. berichten werde. Er wolle noch darauf hinweisen, dass Herr Professor Hinte die Sitzung gegen 18:15 Uhr verlassen müsse, da er heute noch nach Hamburg zurückreisen müsse. Zu dem Fachgespräch liege den Mitgliedern auch eine Präsentation von Herrn Dr. Gottschalk (*Anlage 1*) vor. Man beginne aber mit dem einführenden Vortrag von Herrn Professor Hinte.

Herr **Prof. Dr. Wolfgang Hinte** (ISSAB/Universität Duisburg-Essen) erklärt einleitend, er werde zunächst etwas zum Begriff der Gemeinwesenarbeit sagen, mit dem einige der Anwesenden vielleicht bereits viel, andere eventuell eher wenig verbinden würden. Er komme aus Oberhausen im Ruhrgebiet, wo man schon vor einigen Jahrzehnten relativ große Gemeinwesenarbeitsprojekte durchgeführt habe, an denen er beteiligt gewesen sei. Er sei anschließend an die Hochschule gewechselt. Neben der Ausbildung der Studenten arbeite er am Institut mit Städten, Landkreisen und Kommunen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen, die sich sozialräumlich an den Ansätzen der Gemeinwesenarbeit ausrichten wollten. Er werde daher seine Erfahrungen aus diesen Begleitprozessen in seinen Beitrag einfließen lassen.

Gemeinwesenarbeit sei in den 1970er Jahren nach Deutschland gebracht worden und zwar zu einer Zeit, als die soziale Arbeit in Deutschland noch sehr stark eingriffsorientiert ausgerichtet gewesen sei. Damals sei oft noch übersehen worden, dass

Menschen nicht nur aufgrund eigener Handlungen in Not gerieten, sondern auch weil sie immer auch durch die Umwelt mit geprägt würden. Die Gemeinwesenarbeit sei damals mit dem Versprechen und mit dem Ansatz angetreten, Lebenswelten und Umwelt so zu gestalten, dass Menschen gar nicht erst zu „Fällen“ würden.

Man habe darüber hinaus von den amerikanischen Vorreitern der Gemeinwesenarbeit gelernt, dass es eine Menge bürgerschaftliches Engagement gebe, das durchaus energievoll sei, aber weder bürokratiekompatibel sei noch in Hochglanzprospekte passe. Er erinnere z. B. daran, dass früher, als es noch Telefonzellen in Stadtteilen gegeben habe, diese durch Jugendliche zerschlagen worden seien. Dies sei auch eine Form von bürgerschaftlichem Engagement gewesen, allerdings eine, die vielen weder gefallen noch in ihr bürgerliches Weltbild gepasst habe. Diese Jugendlichen habe man als Zielgruppen mit Angeboten damals kaum erreichen können. Hier habe man versucht, mit Gemeinwesenarbeit anzusetzen.

Gemeinwesenarbeit sei damals wie heute eine Form des Zugangs zu einem Wohnquartier, bei dem man versuche, jede Form von bürgerschaftlicher Tätigkeit zu würdigen bzw. anzufachen. Insofern fördere Gemeinwesenarbeit bürgerschaftliches Engagement. Aber es sei eine andere Art von bürgerschaftlichem Engagement als die, über die normalerweise geredet werde und von Zielgruppen, die üblicherweise nicht unbedingt auf dem Radar seien. Dies wolle er im Folgenden näher erläutern.

Der Einstieg von Gemeinwesenarbeit in einen Stadtteil laufe normalerweise so ab, dass jemand, der für diese Tätigkeit hauptamtlich eingestellt sei, in einen Stadtteil hineingehe und dort zunächst eine „aktivierende Befragung“ durchführe. Dabei würden die Menschen nicht gefragt „Was braucht ihr?“, sondern „Was wollt ihr?“. Auf diesen wichtigen, weil konzeptionell bedeutsamen Unterschied wolle er nun ausführlicher eingehen.

Politik, Verwaltung, aber auch schlechte Sozialarbeit fragten vornehmlich danach, was die Bürgerinnen und Bürger bräuchten. Dies sei aus Sicht



der Gemeinwesenarbeit aber die falsche Frage, da sie die Abhängigkeit der Menschen perpetuiere und ihre Bedürftigkeit in den Mittelpunkt rücke. Die Frage „Was brauchst du?“ habe zudem eine starke Top-down- Perspektive, die ressourcen-schwachen Personen aus dem Blickwinkel von ressourcenstarken Personen gestellt werde. Gemeinwesenarbeit hingegen frage – und dieser Impetus sei wichtig – „Was wollt ihr tun?“. Wenn man eine aktivierende Befragung in einem Stadtteil beginne, liege die große Kunst der Gesprächsführung darin, zu erfragen, wo den Menschen im Quartier der Schuh drücke, worüber sie sich aufregten, woran sie sich störten, worauf sie schimpften und worauf sie wütend seien. Man frage also nach den Themen, die die Leute beschäftigten, aber nicht mit dem Unterton, dass man die Dinge für sie löse und erledige, sondern man wolle mit der Befragung einen Impuls setzen, der dazu führe, dass die Menschen bereit seien, „die Schippe selbst in die Hand zu nehmen“, wie man im Ruhrgebiet sage. Die Kunst guter Gesprächsführung in der Gemeinwesenarbeit sei, nicht den Eindruck zu erwecken, etwas für die Leute zu tun, sondern immer deutlich zu machen, dass sie aufgefordert seien, selber etwas zu tun.

Bei einer aktivierenden Befragung gehe man in die Häuser eines Stadtteils und frage die Bewohner in einem standardisierten Verfahren, worüber sie sich aufregten. Man verteile dabei keine Fragebögen. Man sei auch nicht daran interessiert, wie hoch die Arbeitslosenquote, der Anteil alleinerziehender Frauen oder der Anteil von Ausländerinnen und Ausländer sei. Das seien zwar Informationen, die man zwischen zwei Aktendeckel packen und in den Ausschüssen vorzeigen könne, sie seien aber völlig irrelevant für die Arbeit im Stadtteil. Relevant dafür sei, wo die Emotionen der Leute seien und was sie beschäftige. Als junger Gemeinwesenarbeiter und Sozialforscher habe er mühsam lernen müssen, dass das, was in den Statistiken als Probleme des Stadtteils ausgewiesen werde, von den Leuten häufig ganz anders gesehen werde. Dies ermittle man mittels solcher Befragungen. Die Ergebnisse der Befragung würden nach einigen Wochen in einer Versammlung vorgestellt, zu der man die Leute, die befragt worden seien, einlade. Die Menschen, die an diesem Abend da seien, würden gefragt: „Was seid Ihr bereit zu tun, nachdem ihr euch darüber aufgeregt

habt, dass kein Kinderarzt da ist, keine Geschäfte da sind, auf der Straße ständig Kinder angefahren werden, dass hier Flüchtlingswohnheime sind, die ihr lieber nicht hier haben wollt etc.“ An solchen Abenden bildeten sich bürgerschaftlich engagierte Gruppierungen, die an der Lösung dieser Probleme selbsttätig weiterarbeiteten.

Es sei wichtig, auch dies wolle er hier betonen, dass bei diesen Versammlungen keine Politiker dabei seien. Denn, wenn welche dabei wären, würden diese nach einer Stunde aufstehen und sagen: „Schön, dass sie das alles gesagt haben. Ich nehme das mit und werde schauen, dass ich mit meiner Partei da irgendetwas tue, damit sich das ändert“. Man verbiete daher, Politikerinnen und Politiker zu solchen Veranstaltungen zu kommen und wenn sie es dennoch unbedingt tun wollten, sage man ihnen: „Tarnt euch und sagt nichts.“ Denn ansonsten geschehe das, was er als junger Gemeinwesenarbeiter in Oberhausen bei einer seiner ersten großen Versammlungen erlebt habe. Am Schluss sei der örtliche Vorsitzende der IG Bergbau aufgestanden und habe gesagt: „Liebe Leute, ich bin von der Gewerkschaft. Das war ein toller Abend. Ich habe mir zehn Themen aufgeschrieben, über die ihr heute Abend geklagt habt. Und ich sage euch, ich nehme das alles mit. Unsere Gewerkschaft wird ...“ Nach dieser Wortmeldung sei die Luft aus der Veranstaltung völlig heraus gewesen. Denn dadurch, dass er sich dort hingestellt und gesagt habe „Wir regeln das alles für euch“, sei die gesamte Energie der Versammlung verpufft. Denn eine solche Versammlung solle einen aktivierenden Charakter haben, aus der Bürgeraktivität entstehen solle. Diese Bürgeraktivität nehme Gemeinwesenarbeit auf und entwickle daraus vieles, was zum Teil über Jahre Folgen für das Gemeinwesen habe und zwar sowohl materielle, aber vor allem auch emotionale Folgen.

Es gebe einige wichtige Prinzipien bei der Gemeinwesenarbeit, die deutlich machten, welcher Geist hinter diesem Ansatz stehe. Das erste Prinzip laute: „Wir setzen immer an dem an, was die Menschen wollen.“ Man setze also an deren Interessen an und vermeide dabei jeden Anschein, den Leuten irgendwelche Themen aufzutroyieren zu wollen. Das sei gar nicht so einfach. Wenn man z. B. in einen Stadtteil hineingehen und denke,



die Arbeitslosigkeit dort sei ein riesiges Problem, während die Leute, die dort wohnten, sagten, die Arbeitslosigkeit sei gar nicht ihr Problem; ihr Problem sei, dass der Nachbar ständig dort sein Auto hinstelle, wo diese ihre Hunde pinkeln lassen wollten.

Ein Wohnquartier sei eine nur lose verkoppelte Anarchie, ein stillgelegter Bürgerkrieg, und die außerordentlich große Kunst von Gemeinwesenarbeit gerade in großen Städten wie Berlin oder Hamburg sei es, diese labile Stimmung immer wieder im Gleichgewicht zu halten und den ständig drohenden Bürgerkrieg nicht ausbrechen zu lassen. Gutmeinende Sozialarbeiter sagten auch, die Leute würden sich schon besser mit den Flüchtlingen im Stadtteil verstehen, wenn sie diese erst einmal kennenlernten. Als Gemeinwesenarbeiter sage er: „Bloß nicht“. Wenn man die Leute frage, sagten sie: „Wir kennen uns, das ist ja das Problem.“ Das Thema sei nicht, sich kennenzulernen, sondern das Thema sei, friedlich miteinander zu koexistieren. Die Aufgabe von Gemeinwesenarbeit sei, dies immer wieder hinzubekommen und gemeinsame Aktivitäten anzuregen. Ob sich die Leute dabei leiden könnten oder nicht, sei relativ unwichtig. Wenn man einen gemeinsamen Gegner oder ein gemeinsames Vorhaben habe, tue man etwas, und zwar zum Teil über Milieugrenzen hinweg, gemeinsam. Dies anzuregen, sei der Job von Gemeinwesenarbeitern. Das erstes Prinzip laute also: „Immer an den Interessen der Menschen ansetzen.“

Das zweite Prinzip in der Gemeinwesenarbeit laute: „Schau immer, wo die Leute selber etwas tun können und halte dich zurück“. Die Leute könnten z. B. selber Einladungen schreiben oder sie könnten die elektronischen Medien zumeist besser nutzen, als er dies je selbst können werde. Die Leute könnten auch Gespräche mit Behördenvertretern, mit Wohnungsbaugesellschaften usw. führen. Und wenn sie nicht dazu in der Lage seien, könne man sie dafür fit machen. Entscheidend sei also, dass die Leute möglichst alles selber machten. Das sei für die finanzielle Förderung der Gemeinwesenarbeit vor Ort im Übrigen eher von Nachteil, denn gute Gemeinwesenarbeit tauche bei den Erfolgen nicht auf. Wenn eine Bürgergrup-

pe es z. B. hinbekommen habe, dass eine Wohnungsbaugesellschaft endlich die Wohnungen renoviere, dann sei das ihr Erfolg. Das daran auch ein Gemeinwesenarbeiter beteiligt gewesen sei, die diese begleitet habe, dürfe bei der Berichterstattung in der Presse nicht erscheinen, da dies den Leuten ihren Erfolg nehmen würde. Die Lokalpolitik sehe aber zumeist nur diejenigen, die im Vordergrund stünden, was – wie bereits gesagt – für die finanzielle Förderung von Gemeinwesenarbeit nicht unbedingt förderlich sei. Ein guter Gemeinwesenarbeiter sei – bildlich gesprochen – jemand, der eine „Räuberleiter“ mache, damit der oder die anderen eine Mauer überwinden könnten. Während derjenige, der über die Mauer schaue, der Held sei, werde der Anteil desjenigen, der unten stehe und ohne den das Ganze nicht funktioniert hätte, zumeist nicht gewürdigt. Gemeinwesenarbeit stehe also immer in zweiter oder dritter Linie. Doch gute und aufgeklärte Politik finanziere genau diese Tätigkeit und nicht nur einzelne Leuchtturmprojekte, wie dies in Deutschland häufig immer noch der Fall sei. Das zweite Prinzip laute also: „Wenn es irgendwie geht, tun die Leute selber etwas.“

Damit komme er zum dritten Prinzip. Gemeinwesenarbeit gehe davon aus, dass jedes Wohnquartier unglaubliche Ressourcen habe und die Menschen, die dort lebten, auch. Oft seien es aber nicht die klassischen bürgerlichen Ressourcen, sondern die Menschen hätten ein paar Stärken, die bislang weder in ihrem Job noch im Privatleben gefragt gewesen seien. Er wolle einige Beispiele hierfür nennen: Da sei etwa der zurückhaltende ältere Herr, der alleine lebe und sich nicht traue, rauszugehen und der auch Angst habe, Leute anzusprechen. Beim Stadtteilstfest brilliere er aber als Zauberkünstler und blühe plötzlich auf, weil er ein paar Zaubertricks könne und 30 Kinder auf einmal um ihn herum stünden. Das hätte er sich außerhalb dieses Rahmens nie zugetraut. Oder da sei die Frau, die vom Jugendamt betreut werde, weil sie mit ihren drei Kindern nicht klar komme, die aber ein großes Mundwerk habe und daher als Sprecherin einer Bürgerinitiative bestens geeignet sei, da sie sage, was sie denke, und da sie ihre Interessen gut vertreten könne. Sie komme zwar privat nicht so gut mit Männern klar und auch das Verhältnis mit ihren Kindern sei nicht einfach, auch in der Nachbarschaft sei



sie nicht so wahnsinnig beliebt, aber bei der Bürgerinitiative sei sie mit ihren Fähigkeiten die Heldin. Solche Beispiele, wo Menschen, die normalerweise mit ihren Fertigkeiten nicht so richtig anerkannt würden, weil sie in den jeweiligen Kontexten nicht gefragt seien, gebe es viele. Im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement blühten sie plötzlich stark auf. Das dritte Prinzip laute also: „Wir schauen nur auf das, was die Menschen können und versuchen nicht, Defizite auszugleichen, sondern Ressourcen zu stärken.“

Das vierte Prinzip laute: „Quartierbezogene Arbeit ist immer zielgruppenübergreifend.“ Ein großer Fehler der Politik sei es, ständig Programme für bestimmte Zielgruppen – für die Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen, für die Arbeit mit Flüchtlingen, für die Arbeit mit Menschen in bestimmten Lebenslagen etc. – zu entwickeln. Alle zwei, drei Jahre würden von der Politik neue „Programmsäue“ durch das Dorf gejagt und jeder versuche, das, was er tue, so zurecht zu schreiben, das es in das Programm hineinpasste, das gerade von der Politik beschlossen worden sei. Das sei schräg. Was man brauche, seien Quartierprogramme und regelhaft geförderte Strukturen, die unabhängig von Zielgruppenkonjunkturen immer wieder einen guten Boden dafür schafften, dass Aktivitäten im Quartier gedeihen könnten. In der Stadt Essen, in der das ISSAB angesiedelt sei und in der man wie in 15 bis 20 anderen deutschen Städten auch arbeite, habe man bei der großen Flüchtlingswelle in den Stadtteilen keine Probleme gehabt, in denen es – unabhängig von den geflüchteten Menschen – schon vorher gute Gemeinwesenarbeit gegeben habe. Dort hätten die Gemeinwesenarbeiter zielgruppenübergreifende Dialoge organisiert, z. B. als plötzlich ein großes Wohnheim für Flüchtlinge entstehen sollte und fast die Hälfte der Bevölkerung dem kritisch gegenüber gestanden habe. Die Gemeinwesenarbeiter hätten große Foren organisiert, bei denen die Verwaltung ihre Interessen und Gründe hätten darlegen und zugleich verdeutlichen können, dass für die Sicherheit der Bevölkerung gesorgt sei. Sie hätten auch Begegnungen zwischen einheimischer und ausländischer Wohnbevölkerung geschaffen. Aber nur dort, wo Gemeinwesenarbeit schon ein paar Jahre vorher aktiv gewesen sei, habe dies gut funktioniert. Denn Gemeinwesenarbeit benötige erst

einmal ein, zwei Jahre, um in einem Stadtteil bekannt zu werden. Der zielgruppenübergreifende Ansatz sei, dies betone er in allen politischen Gremien immer wieder, unglaublich wichtig. Die Verführung für die Politik sei groß, sobald irgendwo ein Problem auftauche, für diese Zielgruppe sofort ein Programm aufzulegen, da sie so der Öffentlichkeit suggerieren könne, etwas getan zu haben. Für diese politischen Zwänge habe er auch ein gewisses Verständnis. Aber die Effekte einer solchen Vorgehensweise seien in der Regel viel schlechter, als wenn man dauerhaft Strukturen in Wohnquartieren aufbaue und unterstütze, die diese Form von Engagement förderten.

Das fünfte Prinzip laute: „Es geht nur mit einer vor Ort gelebten, ganz konkreten, praktischen, kooperativen Haltung.“ Dies betone er, weil die Szenarien in den Quartieren vorsähen, dass all die wohlmeinenden guten Träger der sozialen Arbeit und der Wohlfahrt miteinander konkurrieren sollten. Es gebe hochgradige Konkurrenzsysteme, die durch leistungsgesetzliche Regelungen befördert würden. Dies habe sich gerade wieder bei der Debatte um das Bundesteilhabegesetz gezeigt. Auch die Rechtsprechung fördere eher die Konkurrenz als die Kooperation unter den Trägern. Im Bundesteilhabegesetz wie in anderen Gesetzen seien Struktur- und Finanzierungspassagen enthalten, die das beförderten, was man auch „das Ringen um Fälle“ bezeichne. Nicht umsonst heiße es „vom Fall zum Geld“ und nicht „vom Fall zum Feld“. Mit anderen Worten: Wer viele Fälle habe, bekomme auch viel Geld. Sinnvollerweise müssten jedoch die Träger belohnt werden, die kooperativ arbeiteten und die den Sozialraum und die Lebenswelten gestalteten, bevor „das Kind in den Brunnen gefallen“ sei. In Deutschland gelte aber nach wie vor das Prinzip: „Wir helfen den Armen, aber wir warten damit, bis sie richtig arm sind“.

Was gefördert werden müsste, sei das Arrangieren von Lebenswelten in den Wohnquartieren. Das gelinge nicht, wenn Personal für die „identifizierte Katastrophe“ bezahlt werde, sondern es müsste die personengestützte und quartierbezogene Infrastruktur gefördert werden. Dies geschehe gelegentlich über große Programme wie die „Soziale Stadt“ im Bereich des Quartiersmanagements.



Aber auch dort sei das Problem, dass die Strukturen nur für zwei bis vier Jahre gefördert würden. Wer in einem Stadtteil oder in einem schwierigen Großstadtquartier für zwei, drei Jahre eingestellt sei, der taste sich im ersten Jahr in das Quartier hinein, der sei im zweiten Jahr einigermaßen „gesettelt“ und verbringe im dritten Jahr seine Zeit damit, Anträge zu schreiben, damit er das vierte Jahr finanziert bekomme. Das sei herausgeworfenes Geld. Man brauche eine dauerfinanzierte, personengestützte Infrastruktur, die jene von ihm vorhin beschriebenen Formen bürgerschaftlichen Engagements fördere und jene Personen in den Vordergrund rücke, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stünden.

Herr **Dr. Ingo Gottschalk** (Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung Magdeburg) bedankt sich zunächst für die Einladung. Da er die Ausführungen von Herrn Professor Hinte weitgehend teile, werde er darauf verzichten, noch einmal näher auf den theoretischen Hintergrund der Gemeinwesenarbeit einzugehen. Aus seiner Sicht liege eine Chance darin, Begriffe wie Gemeinwesenarbeit, bürgerschaftliches Engagement, Sozialplanung und generationenübergreifende Arbeit zusammenzubringen. An dieser Herausforderung arbeite man in Magdeburg seit rund 20 Jahren. Im Jahr 2013 sei es gelungen, einen Antrag in den Magdeburger Stadtrat einzubringen, wonach generationenübergreifende Arbeit im Rahmen der sozialen Infrastruktur umzusetzen sei und zwar von der Kita bis zum Alten-Servicecenter. Das Aufbrechen von zielgruppenbezogener Infrastruktur habe man also in Magdeburg schon mit auf der Agenda und der „Spannemann“ hierfür sei die Sozialplanung. Darauf werde er in seinem Vortrag noch genauer eingehen.

Bevor er inhaltlich einsteige, wolle er darauf hinweisen, dass die von ihm geleitete Stabstelle im Sozialdezernat angesiedelt sei. Sie sei losgelöst von der eigentlichen Verwaltungsstruktur der Ämter. Vielmehr sei man dem zuständigen Dezernten politisch direkt zugeordnet, was Vorteile habe. Beim Aufbau der Strukturen habe man in Magdeburg in den letzten 20 Jahren einen langen Atem unter Beweis gestellt, was in dieser Form durchaus nicht überall üblich sei. Die Stabstelle habe ihre Arbeit im Jahr 2003 mit vier Personen

aufgenommen. Inzwischen seien es 12 Personen. Dass sich eine Kommune mit rund 238.000 Einwohnern eine solche Struktur leiste, sei nicht die Regel. Aber die personenbezogene Verlässlichkeit, solche Diskurse auch als Impulsgeber zu begleiten, sei von großer Wichtigkeit, wie Herr Professor Hinte schon zu Recht betont habe.

Das Rathaus rechts oben auf Seite 2 seiner Präsentation stehe symbolisch für den in Magdeburg verfolgten Ansatz. Im Rathaus träfen sich sowohl der Stadtrat als auch die Sprecher der Struktur der Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA). Auch der Oberbürgermeister habe dort seinen Sitz. Das Rathaus stehe damit symbolisch für den seit 20 Jahren verfolgten Ansatz des ernstgenommen Werdens, des Hörens, des Annehmens und des miteinander und nicht gegeneinander Arbeitens.

Fußend auf fachlichen Impulsen der Jugendhilfe habe man 1997 damit begonnen, Sozialraumorientierung, Akteursbeteiligung, Querschnittsorientierung, Sozialplanung und Jugendhilfe zusammenzudenken. Dabei gehe es um einen stadtteilorientierten, institutionellen und individuellen Ansatz. Denn Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement seien nun einmal stadtteilorientiert. Der Ansatz spiegle sich auch institutionell in der Struktur der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit wider, die Initiative, Aktivierung und Aktionen aufnahmen. Man habe auch ein „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ gegründet, wo die institutionellen Vertreter auf einer anderen Ebene gemeinsam agierten und man habe eine Freiwilligenagentur in Magdeburg gegründet. Auch auf der individuellen Ebene habe man Ansprechmöglichkeiten und verlässliche Strukturen in Form von „Kümmernern“ geschaffen. Im Jahr 1997 habe er mit fünf Praktikanten der Fachhochschule angefangen und versucht, den Ansatz der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg zu etablieren. Man habe sich darum bemüht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern dabei ebenso mitzunehmen wie die Bürgerinnen und Bürger. Es gebe GWA-Sprecherinnen und Sprecher, die nicht aus der Verwaltung kämen und die nicht nach politischen Kriterien besetzt seien. Es gebe auch keine Vorgaben aus der Verwaltung in der Form, das in der GWA etwas gemacht werden solle, aber es gebe den



theoretischen Ansatz, Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung gemeinsam zu denken und so etwas wie eine Impulsgeberschaft der Sozialplanung, weil er glaube, dass dies für Entwicklungschancen, Zugänge, Akteursbeteiligung und Interessenaufnahme eine große Chance biete, wenn man die Orientierung an der Gemeinwesenarbeit so mit aufnehme, wie dies Herr Professor Hinte erläutert habe.

Wichtig sei, Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung als „fokale Instanz“ und als Haltepunkt für die Aufnahme von Interessen im Quartier bzw. im Stadtteil aufzunehmen und einen Diskurs zwischen Politik, Stadtverwaltung und Bürgerschaft zu ermöglichen. Dies sei der Hintergrund für den Magdeburger Dialog zur Gemeinwesenarbeit für eine neue lokale Politik, den man seit 1997 kontinuierlich führe. Man bemühe sich dabei um eine angebotsbezogene Strukturierung und um eine Verbindung der verschiedenen Fachlogiken. Dies sei ja auch ein Thema im Siebten Altenbericht, der mittels des Begriffs „Neue Subsidiarität“ Überlegungen dazu anstelle, wie zivilgesellschaftliche und professionelle Angebote miteinander verschränkt werden könnten. Dieser Herausforderung werde man sich künftig auch in Magdeburg zu stellen haben. Die Frage werde sein, wie gut es gelinge, dies über den „Transmitter“ Sozialplanung in Verwaltungshandeln aufzunehmen und zu übersetzen.

Im Jahr 2000 habe man in Magdeburg den „Initiativfond Gemeinwesenarbeit“ eingeführt. Das Problem sei gewesen, die entsprechende Förderrichtlinie so zu fassen, dass sie eine unkomplizierte Antragstellung und eine kurzfristige Bearbeitung ermögliche. Bürgerinnen und Bürger könnten ihre Ideen einbringen und eine finanzielle Unterstützung für ihre Aktionen, Projekte und Initiativen beantragen. Diese würden dann von der zuständigen Kollegin, die die Struktur der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit koordiniere, dahingehend geprüft, ob die Aktivitäten den politischen Zielrichtungen des Stadtrates entsprächen. Dabei gehe es nicht darum, Vereine zu fördern, sondern die Aktivitäten müssten Fall positive Auswirkungen auf den Stadtteil haben und Öffentlichkeit erzeugen. Das Novum beim Initiativfonds Gemeinwesenarbeit sei, dass die Bürgerinnen und Bürger

mit ihren Ideen weitgehend selbst bestimmten, welche Aktivitäten gefördert würden. Die Förderung sei wichtig, auch wenn es sich um keine hohen Summen handele, damit die Bürgerinnen und Bürger selber etwas gestalten könnten und sich nachhaltig engagierten. Der Fond sei mit 50.000 Euro pro Jahr ausgestattet. Mit dem zur Verfügung stehenden Geld würden rund 180 Projekte umgesetzt, die wiederum etwa 10.000 Bürgerinnen und Bürger erreichten. Das Spektrum der geförderten Aktivitäten sei breit und reiche vom selbstorganisierten Stadtteilstfest bis hin zu Projekten kleinerer Gruppen im jeweiligen Stadtquartier. Dabei handele es sich nicht um eine Vollfinanzierung, sondern um eine Teilfinanzierung. Die Antragsteller seien aufgerufen, zusätzliche Förderer für ihre Aktivitäten zu gewinnen, was auch gelinge. Auf diese Weise würden noch einmal 100.000 bis 200.000 Euro an zusätzlichen Mitteln akquiriert.

Insgesamt gebe es 22 Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit flächendeckend in ganz Magdeburg. Dort träfen sich regelmäßig alle vier bis sechs Wochen rund 400 Leute, um Aktionen zu planen. Mitunter dockten sich dort neue Leute an, andere blieben wieder weg, aber insgesamt gebe es einen gewissen Stamm, der Verantwortung übernehme. Es gebe auch Sprecherräte mit zwei bis drei Personen, die sich die Arbeit teilten, z. B. Einladungen und Protokolle schrieben, die Verwaltung der Gelder organisierten, Anträge stellten etc. Die Arbeitsgruppen nähmen zum Teil auch politischen Einfluss. Eine GWA habe z. B. durch ihre Intervention den Bau eines Einkaufszentrums auf der grünen Wiese mit verhindert. Der Gemeinwesenarbeitsansatz und die Arbeit der Gruppen würden durch die Verwaltung und durch den Oberbürgermeister seit rund 20 Jahren mitgetragen und auch die Höhe des Initiativfonds werde von niemandem in Magdeburg infrage gestellt, obwohl es sich um eine freiwillige Leistung handele.

Man habe sich auch von Anfang an von Seiten der Sozialplanung bemüht, Organisations- und Projektentwicklung zu betreiben und dabei die Aspekte Kommunikation und Würdigung mit zu berücksichtigen. Eine wichtige Form der öffentlichen Würdigung sei die jährliche Freiwilligenpass-Verleihung, die von einer Arbeitsgruppe des



„Magdeburger Netzwerkes bürgerschaftliches Engagement“ koordiniert werde. Darüber hinaus habe man verschiedene Fachtage organisiert, bei denen man sich mit den Problemen und Rahmenbedingungen der Gemeinwesenarbeit inhaltlich auseinandergesetzt und Positionspapiere erarbeitet habe.

Dieser Prozess in den letzten 20 Jahren sei durchaus mühsam gewesen, er sei aber inzwischen sowohl auf Seiten der Bürger als auch auf Seiten der Verwaltung etabliert. Dabei habe man ihn von Beginn an als einen Ansatz gesehen, wo sich auch die Verwaltung bewegen müsse. Der Oberbürgermeister lege Wert darauf, dass sich die Verwaltung den Diskussionen aktiv stelle, wenn Probleme zu lösen seien. Beim Hochwasser in Magdeburg sei z. B. das Tiefbauamt eingeladen worden, um den Arbeitsgruppen Rede und Antwort zu stehen. Man bringe auch jährlich einen Bericht über die Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und den Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in den Stadtrat ein, den er ebenso gerne nachreiche wie den Text der Förderrichtlinie, damit sie dem Protokoll beigelegt werden könnten (*Anlage 2 und 3*). Viele Stadträte ließen sich auch in den Gemeinwesenarbeitsgruppen blicken. In den letzten 20 Jahren seien rund 50 Stellungnahmen, Informationen und Berichte zum Thema „Gemeinwesenarbeit“ als Drucksachen in den Stadtrat eingebracht worden. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung vergehe kaum ein Tag, wo nicht etwas über eine Arbeitsgruppe und deren Projekte in der Zeitung stehe. Letzteres sei der Sozialplanung von Anfang an ein wichtiges Anliegen gewesen, das inzwischen von alleine funktioniere, da die Presse an Problemen im Stadtteil durchaus interessiert sei.

Insgesamt habe man erreicht, dass die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit seit 1997 liefen und dass sie mit ihren Projekten sehr aktiv seien. Dadurch habe sich auch das Miteinanderauskommen vor Ort verbessert. Auch die Sozialplanung gebe ihrerseits Impulse in die Arbeitsgruppen. So hätten sich im Jahr 2015 einige Willkommensbündnisse gebildet. Man kommuniziere also in diesen Strukturen intensiv miteinander. Das „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ sei 2004 ins Leben gerufen worden. Es organisiere – wie bereits erwähnt – die jährliche Veranstaltung

zur Verleihung des Freiwilligenpasses mit dem Oberbürgermeister. Auch die 2006 gegründete Freiwilligenagentur Magdeburg gehöre zu den wichtigen förderlichen Rahmenbedingungen und Strukturen in Magdeburg.

Um Sozialplanung, Gemeinwesenarbeit sowie generationenübergreifendes und bürgerschaftliches Engagement in einem Ansatz miteinander zu verbinden und eine nachhaltige Entwicklung zu bewirken, sei sowohl der politische Wille der Verwaltungsspitze als auch des Stadtrates notwendig. Dies sei in Magdeburg gelungen, auch begünstigt dadurch, dass der Oberbürgermeister seit 14 Jahren im Amt sei und den Ansatz mittrage. Wichtig sei auch die Verknüpfung der Sozialplanung als fokale Instanz mit der inzwischen erreichten Personalausstattung sowie dem Initiativfonds mit seinen Impulsen und schnellen Verfahren. Von zentraler Bedeutung sei ferner die Installation und Koordination zentraler operativer und strategischer Kümmerer in der Verwaltung. Diese Aufgabe werde von seiner Kollegin und ihm seit 20 Jahren wahrgenommen. Das Geld sei auch gut investiert, wenn es in die Organisation der fachlichen Kommunikation fließe, z. B. in Fachtage, Sprechertreffen und Qualifizierungen. Gemeinwesenarbeit könne auch ein Ansatz sein, um die im Siebten Altenbericht beschriebene „Neue Subsidiarität“ in die Praxis umzusetzen. Dafür müsse sich die Verwaltung bewegen und auf Zivilgesellschaft und Bürger zugehen und diese stärker in ihr Handeln einbeziehen.

Ein wichtiges Ergebnis des Prozesses sei auch, dass sich viele neue Vereine gegründet hätten. Sozialplanung habe sich im Rahmen der Zusammenführung der anfangs genannten vier Begriffe als Impulsgeber bewährt. Der gewählte Ansatz zur Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement in Magdeburg sei nachhaltig etabliert und unabhängig vom Verweilen bestimmter Personen in ihren Ämtern und Funktionen. Es sei ein politisches Klima entstanden, das zu einer stärkeren und dauerhaften Bürgerbeteiligung geführt habe. Der Oberbürgermeister frage z. B., bevor er eine Bürgerversammlung mache, bei den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit an, welche Probleme es gebe und thematisiere diese dort. Zu diesen Versammlungen nehme er auch Vertreter der Verwaltung



mit. Dies sei wichtig, da nur so aus seiner Sicht die Verschränkung von repräsentativer Demokratie und Formen direkter Demokratie unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen umsetzbar sei.

Seine abschließende Empfehlung an den Bundgesetzgeber sei, Sozialplanung als Begriff in alle Sozialgesetzbücher aufzunehmen. Auf diese Weise könnten mehr Kümmerer in den Verwaltungen eingestellt und die Sozialplanung als Impulsgeber und als Förderer bürgerschaftlichen Engagements und der Gemeinwesenarbeit gestärkt werden.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Professor Hinte und Herrn Dr. Gottschalk für ihre einführenden Beiträge. Die Fragerunde eröffne die Kollegin Kordula Schulz-Asche.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt den Sachverständigen für ihre Beiträge. Diese hätten eindrucksvoll gezeigt, wie voraussetzungsvoll es sei, Menschen in der Gemeinwesenarbeit und im bürgerschaftlichen Engagement ernst- und auch mitzunehmen. Oft hänge es in der Praxis von der Initiative einzelner Personen ab, solche Prozesse überhaupt anzustoßen. Sie würde daher gerne von Herrn Professor Hinte wissen, welche Aspekte zusammenkommen müssten, dass sich eine Kommune auf den Weg mache und bereit sei, Sozialarbeit oder Gemeinwesenarbeit von einer anderen Seite zu denken. Das Geld sei vermutlich nicht einmal die größte Hürde, sondern eher die Prozesse, die sich auf der politischen Ebene abspielten. In Hessen gebe es einige Städte, die in dieser Hinsicht sehr gut aufgestellt seien und dies zum Teil schon seit 20, 30 Jahren. Trotzdem habe sie manchmal den Eindruck, dass im Hinblick auf Partizipation und Bürgerbeteiligung im Moment nicht so viele neue Ansätze hinzukämen.

Beide Sachverständige hätten auch zu Recht darauf hingewiesen, dass es eigentlich eine dauerhafte Finanzierung geben und dass diese im Haushalt verankert sein müsse. Es gebe viele Programme, in die sehr viel Geld fließe. Doch Kommunen könnten darauf oft nicht zugreifen, wenn die Finanzierungskonzepte nicht passend seien. Sie

wolle dies anhand eines Beispiels verdeutlichen. Der Bundestag habe im letzten Jahr das Präventionsgesetz verabschiedet, bei dem die Gesundheitsförderung im Mittelpunkt stehe. Die Kommunen hätten dabei durchaus eine wichtige Rolle. So sei darin auch vorgesehen, dass Stadtteile initiativ werden könnten. Bekanntlich gebe es einen engen Zusammenhang zwischen gesundheitlicher und wirtschaftlicher Lage. Von daher fließe jetzt Geld in ein Projekt, das eine Gemeinwesenorientierung habe, die aber nicht auf konkrete Maßnahmen bezogen sei. Ihre Frage an beide Sachverständige sei, welche Chancen sie sähen, die vorhandenen finanziellen Ressourcen so zu nutzen, um Gemeinwesenarbeit fördern zu können. Denn eine solche Bündelung könnte gerade für die Gemeinwesenarbeit eine gute Lösung sein.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) erklärt, beide Vorträge seien sehr spannend gewesen. Herrn Prof. Hintes Ansatz sei für sie besonders interessant gewesen, weil er von unten ansetze und so anders sei, als Förderung bisher oft gedacht werde. Förderung diene in der Politik oft als Beleg dafür, dass man bestimmte Aufgaben angegangen sei, um auf diese Weise Legitimation zu generieren. Sie interessiere, wie man den Anschub dafür hinbekommen könne, dass sich Menschen zusammentäten, um – wie beschrieben – etwas Gemeinsames erreichen zu wollen.

Herr Dr. Gottschalk habe aus ihrer Sicht zu Recht darauf hingewiesen, dass es ganz ohne finanzielle Mittel nicht gehe, wenn man etwas nachhaltig weiterentwickeln wolle. Sie interessiere, wie die 50.000 Euro aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit an die 180 Projekte verteilt würden. Wer sei an der Entscheidung beteiligt und letztlich verantwortlich und wie vermeide man, dass es diesbezüglich Unmut gebe? Habe sie zudem richtig verstanden, dass die Antragsteller gehalten seien, zusätzliche finanzielle Mittel für ihre Aktivitäten, z. B. bei Firmen, zu akquirieren oder sonstige „Manpower“ zur Unterstützung zu organisieren?

Abg. **Dr. Dorothee Schlegel** (SPD) bedankt sich ebenfalls zunächst für die guten Inputs. Sie habe eine Frage an Herrn Professor Hinte. Dieser habe am Schluss seiner Ausführungen betont, dass es



eigentlich wichtiger wäre, dauerhaft Strukturen zu fördern und nicht immer nur zeitlich begrenzte Programme. Sie interessieren, welche Anstöße es von Seiten der Politik brauche, um von den glanzvollen Programmen weg- und zu dauerhaften Lösungen hinzukommen. In anderen Ländern, sie denke z. B. an Dänemark, werde dies ja durchaus praktiziert.

Ihre zweite Frage gehe an Herrn Dr. Gottschalk. Sie interessieren, welche Widerstände es gegen die Einführung des von ihm skizzierten Ansatzes in Magdeburg gegeben habe. In einem Zeitungsartikel in seiner Präsentation habe gestanden, dass die SPD die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit auf den Prüfstand stellen wolle. Auch wenn der Sinn des Ansatzes nach Darstellung von Herrn Dr. Gottschalk heute nicht mehr infrage gestellt werde, sei die Frage dennoch berechtigt, welchen Gewinn der Magdeburger Ansatz unter dem Strich bringe. Eine weitere Frage sei, ob der Magdeburger Ansatz auch auf Regionen und Städte in den westlichen Bundesländern oder auch auf ländliche Räume übertragbar sei.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) betont, sie habe eher einige Anmerkungen als Fragen, da sie den Magdeburger Ansatz ja kenne und dessen Vorstellung in der heutigen Sitzung vorgeschlagen habe. Sie wolle zunächst sagen, warum sie dies getan habe. Sie habe den Ansatz in ihrer Zeit als Magdeburger Stadträtin kennengelernt. Er werde in dieser Art und Weise in kaum einer anderen Region umgesetzt. Dort finde sich eher jener von Herrn Professor Hinte beschriebene Ausgangspunkt, in problembeladene Gebiete hineinzugehen. Das sei in Magdeburg ausdrücklich nicht der Fall. Dort seien alle Stadtteile – sowohl die gut situierten als auch diejenigen, die schwierigere soziale Problemlagen hätten – beteiligt. Es gebe hinsichtlich der Aktivitäten, wie die Auflistung der geförderten Projekte zeige, zwischen den Stadtteilen nur marginale Unterschiede und es gebe auch eine gute Zusammenarbeit untereinander. Die GWA äußerten sich häufig auch zu bestimmten Problemen im Stadtteil, ob dies nun der öffentliche Nahverkehr, die durch Vandalismus beschädigte Haltestelle oder das Hochwasser im Jahr 2013 sei. In Ostelbien, einem Stadtteil mit

einem etwas höheren Anteil benachteiligter Menschen, sei z. B. die Idee entstanden, ein Stadtteillogo zu entwickeln, das zu einer stärkeren Identifikation mit dem Stadtteil beitragen sollte. Die GWA habe dafür einen eigenen Wettbewerb ausgeschrieben.

Die Kollegin Pahlmann habe danach gefragt, wer über die Förderung aus dem Initiativfonds entscheide. Es gebe eine bestimmte Summe, die jeder GWA zur Verfügung stehe und über deren Verwendung diese aufgrund der vorliegenden Anträge und unter Berücksichtigung der Förderrichtlinie selbstständig entscheide. Das seien zum Teil kleine Summen von 100, 150 Euro, z. B. für Getränke oder kleine Preise für ein Kinderfest. Das Schöne sei, dass sich vom Kinderhort über die Kirchen bis zum Fahrradhändler alle im Stadtteil beteiligten und dass dabei nichts von außen gelenkt werde. Wenn sie als Stadträtin zu einer GWA hingegangen sei und vorgeschlagen habe, sich eines bestimmten Themas anzunehmen, sei dies nur geschehen, wenn die Leute dies auch wollten. Wenn man als Politikerin dort hingehe, dann eher um etwas inhaltlich aufzunehmen, als dort etwas einzuspeisen. Es gebe durchaus auch ein paar Probleme, etwa die Frage, wie man Beteiligung möglichst niedrigschwellig organisieren könne. Hierzu gebe es in Magdeburg ganz gute Erfahrungen. Ein Problem sei ferner die relativ hohe Fluktuation bei einigen Sprecherräten. Ihre Frage an Herrn Professor Hinte sei, ob man einen solchen Ansatz, den man in Magdeburg in einem großstädtischen Raum durchführe, auch auf ländliche Räume übertragen könne.

Herr **Prof. Dr. Wolfgang Hinte** (ISSAB/Universität Duisburg-Essen) erklärt, er versuche, die gestellten Fragen in fünf Punkten gemeinsam zu beantworten. Er sei zunächst gefragt worden, welche Voraussetzungen notwendig seien, damit Gemeinwesenarbeit vor Ort funktioniere. Notwendig sei aus seiner Sicht vor allem eine aufgeklärte Lokalpolitik. Es gehe nur, wenn sich alle Parteien einig seien, Gemeinwesenarbeit in der Stadt installieren zu wollen. Aufgeklärte Politik heiße aber auch, zu wissen, dass man sich damit gewissermaßen die eigene Opposition finanziere. Denn oftmals wollten diese Gruppen dann auch bei anderen politischen Themen mitreden.



So sei es auch gewesen, als man 1982 in Essen angefangen habe, Gemeinwesenarbeit zu etablieren. Ein Großteil der Politik sei sehr erstaunt gewesen, dass in den Stadtteilen, wo die Gemeinwesenarbeiter tätig gewesen seien, nach einem Jahr Bürgergruppen mit ihren Erwartungen und Forderungen offensiv an die Politik herangetreten seien. Viele in der Politik hätten daraufhin etwas konsterniert und durchaus wenig erfreut gefragt, wo dieses Engagement denn auf einmal herkomme und ob es nicht auf die Tätigkeit jener Gemeinwesenarbeiter zurückzuführen sei, die man selbst bezahlt habe. Deshalb weise man die Akteure in der Politik inzwischen von vornherein auf die möglichen Risiken und Nebenwirkungen hin, wenn sie Gemeinwesenarbeit förderten. Diese müssten von der Politik bedacht und ausdrücklich gewollt sein. Wenn es in einer Zeitungsüberschrift in der Präsentation von Herrn Dr. Gottschalk heiße „SPD stellt Gemeinwesenarbeit auf den Prüfstand“, dann sei dies im Vorfeld offenbar nicht ausreichend geschehen. In Freiburg passiere derzeit etwas ähnliches, obwohl es dort eine große Gemeinwesenarbeitstradition gebe. Dort habe die Verwaltung geäußert, dass sie die Förderung kappen wolle, weil man nicht wisse, was man davon habe. So etwas gebe es zum Teil auch in anderen Städten alle vier, fünf Jahre, speziell dann, wenn sich eine Politikerin oder ein Politiker aus irgendeiner Partei profilieren und dafür alles Bisherige infrage stelle. Zudem sei es durchaus nicht einfach, zu erklären, warum eine solche Förderung für das Gemeinwesen und für eine Stadt wichtig sei. Damit erreiche man – vorsichtig formuliert – längst nicht alle Politikerinnen und Politiker. Es brauche also aufgeklärte Politik, die auch intellektuell verstehe, warum solche Instanzen in einer Stadt notwendig seien. Gemeinwesenarbeiter sollten aber nicht als „Troubleshooter“ betrachtet werden, die man immer dorthin schicke, wo es gerade brenne. Das funktioniere nicht. Es brauche eine Grundausrüstung, die dann flexibel reagieren könne, wenn wieder irgendwo etwas brenne. Aber diese Grundausrüstung müsse da sein und man dürfe nicht warten, bis es brenne.

In den Bereichen Gesundheit, Städtebau, Jugend, Soziales, Eingliederungshilfe seien sowohl in den Leistungsgesetzen als auch in der Hälfte der Programme Passagen zur Sozialplanung enthalten. Er

sehe im Übrigen den von Herrn Dr. Gottschalk favorisierten Begriff „Sozialplanung“ kritisch, auch wenn er inhaltlich teile, was dies er damit verbinde. Denn es gebe mittlerweile in jeder Stadt Sozialplaner, die aber zumeist nicht mit dem Anspruch agierten, wie ihn Herr Dr. Gottschalk veretrete. Dies gelte auch für den Verein für Sozialplanung. Sozialplanung sei ein Etikett, das oftmals für alles Mögliche gebraucht werde. In allen Leistungsgesetzen und Programmen seien Formulierungen enthalten, aus denen man ein umfassendes Verständnis herauslesen könne. Sie seien aber so butterweich, dass sich niemand darum kümmere. Er wolle ein Beispiel nennen: Bei der derzeitigen Debatte um das SGB VIII sei ein neuer Paragraf im Gespräch, der besage, dass die Finanzierung von Infrastrukturleistungen über die Kinder- und Jugendhilfe gemacht werden könne. Die Verankerung der Finanzierung von Infrastrukturleistungen im SGB VIII wäre ein Fortschritt. Die genaue Formulierung laute jedoch „ist möglich“. Sie sei also nicht als Pflichtaufgabe vorgesehen. Finanziell schlechter gestellte Kommunen würden daher von einem solchen Paragrafen kaum Gebrauch machen. Die Formulierung beruhige möglicherweise die Politik, weil damit bestimmte Interessengruppen bedient würden, es werde aber keinerlei Folgen für die Menschen haben.

Auch bei den großen Städtebauförderprogrammen werde primär in Beton investiert und weniger in den sozialen Kitt oder – wie man auch formulieren könne – in das „unsichtbare Gemeinwesen“. Er votiere dafür, bei den großen Programmen einen Pflichtanteil vorzuschreiben, der in das unsichtbare Gemeinwesen investiert werden müsse, ansonsten gebe es kein Geld. In den Leistungsgesetzen müssten zudem die Infrastrukturleistungen als Muss-Leistungen drin stehen und es wäre klug, wenn sie nicht nur in den einzelnen Gesetzbüchern enthalten wären, sondern in einem übergreifenden Gesetzbuch, das die Kommunen verpflichte, Infrastrukturleistungen unabhängig von Jugend-, Behinderten- und Altenhilfe sowie Hilfen zur Pflege vorzuhalten. Es wäre genau das, was Magdeburg und einige andere Städte bereits täten.

Der Ansatz sei gewinnbringend und für Kommunalpolitiker auch attraktiv, weil sich damit Geld im Bereich des attestierten Leistungsdefizits



sparen lasse. Gut ausgestattete Städte, Gemeinden und auch Landkreise investierten in diesem Bereich. Sie sparten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Geld ein, weil die Leistungen früher ansetzten. Sie sparten im Bereich der Eingliederungshilfe, weil z. B. psychisch verwirrte Menschen, wenn man sie früh genug erreiche, anschließend keine teuren Eingliederungsleistungen bräuchten. Sie würden durch gute Gemeinwesenarbeit vorher in den Strukturen aufgefangen. Diesen Gewinn des Ansatzes müsse man in den politischen Gremien vor Ort immer wieder verdeutlichen und mit den Pflichtleistungen in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern verkoppeln. Der damit verbundene finanzielle Output wäre für die Kommunalpolitik durchaus von hohem Wert.

Die Abgeordnete Pahlmann habe nach dem notwendigen Anschlag für die Gemeinwesenarbeit gefragt. Dies sei von Ort zu Ort unterschiedlich. Die Kunst einer solchen Arbeit bestehe darin, zu sehen, wo Energie vorhanden sei, die man nutzen könne. Und wenn das Vorhandensein einer solchen Energie nicht offensichtlich sei, gehe man von Wohnung zu Wohnung und führe eine Befragung durch. Dafür gebe es bezahltes Personal, das das könne, auch wenn es nicht der Königsweg sei.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe nach der Übertragbarkeit des Ansatzes jenseits der Großstädte gefragt. Dies sei natürlich möglich. Man mache seit mittlerweile 40, 50 Jahren Gemeinwesenarbeit in Deutschland. Man wisse daher genug darüber, wie es auch in ländlichen Regionen gehe. In den ländlichen Regionen Bayerns gebe es z. B. zahlreiche Personen, die in dieser Art und Weise arbeiteten und zwar in geografisch weit gestreckten Gebieten. Aber auch dort funktioniere es nur, wenn es eine aufgeklärte Politik gebe. Auch die CSU, die nicht immer die Speerspitze des Fortschritts in diesem Bereich sei, fördere dort Ansätze, wo Menschen rechtzeitig und gut organisiert unterstützt würden, damit sie in ihren Wohnquartieren verbleiben könnten.

Man könne auch nach Österreich oder in die Schweiz schauen. In den Schweizer Kantonen gebe es eine lange basisdemokratische Tradition mit entsprechenden Strukturen. In den ländlichen

Regionen des Kantons Uri sei so eine Arbeit viel einfacher zu machen als z. B. in Wohnquartieren in Zürich. In Zürich betrieben etwa 14 Menschen Quartiersmanagement und damit einen mit Gemeinwesenarbeit vergleichbaren Ansatz. Aber dies habe man gegen die dortige SVP-Politik hart erkämpfen müssen. Trotzdem seien die Prinzipien die gleichen. Wie sich diese aber in der Praxis realisierten, sei zum Teil völlig unterschiedlich. Das gelte auch für Deutschland.

Herr **Dr. Ingo Gottschalk** (Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung Magdeburg) erklärt, er nehme gerne den von Herrn Professor Hinte gebrauchten Begriff von der aufgeklärten Politik auf. Notwendig sei jedoch auch, eine aufgeklärte Sozialplanung. Sozialplanung müsse eine andere Rolle einnehmen. Dies sage er auch als Vorsitzender des Vereins für Sozialplanung in Deutschland. Der Verein habe inzwischen eine Akademie gegründet, die regelmäßige Fortbildungen und Workshops im Sinne einer aufgeklärten Sozialplanung mit breitem Anspruch anbiete.

Aus seiner Sicht sei es notwendig, wenn man mittels eines solchen Ansatzes Menschen aktivieren wolle, dass sich auch die Verwaltung daran beteiligen müsse. Man müsse eine Struktur schaffen, die als ständiger Ansprechpartner für die Bewohnerinnen und Bewohner fungiere. Wie man diese nenne, sei nachrangig. Die in dem bereits zitierten Zeitungsartikel aus dem Jahr 2001 angesprochenen Irritationen bei der SPD – damals sei der Ansatz noch neu gewesen – seien längst ausgeräumt. Inzwischen habe sich ein gemeinsam getragenes Verständnis entwickelt und im Stadtrat gebe es einen breiten Konsens über die Bedeutung von Sozialplanung mit dem von ihm skizzierten breiten Ansatz. Dazu sei auch künftig ein ständiger Kommunikationsprozess notwendig. Der Gewinn für die Bürgerschaft bestehe vor allem darin, dass es eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil und einen stärkeren Einsatz für die Selbstgestaltung des eigenen Lebensumfeldes gebe.

Ebenso wie Herr Professor Hinte würde auch er sich wünschen, wenn bei Programmen des Bundes und der Länder die Möglichkeit bestünde, dass dafür notwendige Personal mitzufinanzieren,



wie es beim ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) und „Jugend stärken im Quartier“ möglich sei. Für die Koordination und Umsetzung der verschiedenen Programmschwerpunkte sei einfach zusätzliches Personal notwendig, da man sich ansonsten als Kommune nicht beteiligen könne. Daher sei eine solche Option so wichtig.

Die Abgeordnete Schulz-Asche habe das Präventionsgesetz angesprochen. Hierzu gebe es das Pilotprojekt „Magdeburg bewegt sich“. Man habe bereits jetzt über die Beigeordnete angemeldet, dass man in zwei Jahren eine Stelle „Infrastrukturplanung Gesundheitsförderung“ brauche. Das heiße auch, man müsse das vorhandene Flämmchen rechtzeitig erkennen, um daraus einen Brand zu machen. Hierfür brauche es entsprechende Konstruktionen und Rahmenbedingungen vor Ort.

Es sei auch nach der Verteilung der 50.000 Euro aus dem Initiativfonds gefragt worden. Die Verwaltung halte sich aus der Verteilung komplett heraus. Es habe immer wieder mal eine Diskussion über eine Aufstockung des Initiativfonds gegeben. Da dieser aber bisher nicht vollständig ausgeschöpft werde, gebe es auch kein Argument dafür, ihn zu erhöhen. Im Übrigen erhalte jeder der 22 Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit dieselbe Summe von 2.500 Euro. Zum Teil schreibe man Zuwendungsbescheide über 50 Euro oder 150 Euro. Es habe im Jahr 2000 einiger Diskussionen mit dem damaligen Abteilungsleiter im Finanzservice bedurft, eine Förderrichtlinie hinzubekommen, die einerseits ins Verwaltungsdeutsch passe und die andererseits eine Bescheidung innerhalb von drei Tagen nach der Antragstellung ermögliche, um kleinere Projekte finanziell unterstützen zu können. Man achte seitens der Verwaltung lediglich darauf, ob die Aktivitäten in eine der sieben politischen Zielstellungen der Förderrichtlinie passten.

Natürlich habe es in den letzten 20 Jahren auch hin und wieder Probleme und Widerstände gegeben. So gebe es zum Teil relativ viele Wechsel bei den Sprecherräten der Arbeitsgruppen. Auch die Verwaltung bemühe sich darum, neue Leute für diese Aufgabe zu finden und zu unterstützen,

wobei man sich vor allem als Ansprechpartner verstehe, der Foren und Weiterbildungen z. B. zum Vereinsrecht anbiete. Im Mai habe man zudem drei Workshops zu Fragen der finanziellen Förderung angeboten. Es gehe vor allem darum, die vorhandenen Aktivitäten aufzunehmen und die Rahmenbedingungen aus Sicht der Verwaltung mitzugestalten. Dass ein beantragtes Projekt inhaltlich begründet abgelehnt werde, komme selten vor. Dass man in einem solchen Fall dafür dann auch einmal öffentliche Kritik einstecken müsse, müsse man als Verwaltung aushalten können. Bisher habe man sich auch nach strittigen Diskussionen in die Augen schauen und weiter konstruktiv zusammenarbeiten können.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) erklärt, sie habe eine Nachfrage. Werde Herr Dr. Gottschalk auch direkt angesprochen, wenn Menschen aktiv werden und sich irgendwo engagieren wollten und nach einem entsprechenden Angebot suchten?

Herr **Dr. Ingo Gottschalk** (Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung Magdeburg) antwortet, wichtig sei, dass es einen Ansprechpartner für die Bürger gebe, dessen Gesicht bekannt sei und nicht einfach die Verwaltung. Dies sei zum einen seine Kollegin, Frau Ziegler, aber auch das Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement und die Magdeburger Freiwilligenagentur, wobei man untereinander in engem Kontakt stehe und sich bei solchen Fragen auch austausche.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) erklärt, sie wolle zur Erläuterung noch ein Beispiel aus dem Stadtteil Ostelbien anfügen, der sehr groß, aber relativ dünn besiedelt sei. Dies habe dazu geführt, dass sich in der GWA Ostelbien nicht alle kleinen Siedlungsbereiche tatsächlich vertreten gefühlt hätten, was zu Unmut geführt habe. Daraufhin hätten sich auf dem Werder Bürger zusammengetan und eine eigene GWA gegründet. So seien im Laufe der Zeit an verschiedenen Stellen in Magdeburg neue kleine Gruppen entstanden, weil sie sich durch eine andere GWA nicht vertreten gefühlt hätten. Dies begrüße sie, auch wenn sich dann mehr Arbeitsgruppen das Geld aus dem Initiativfonds teilen müssten. Es gebe auch eine



relativ intensive Berichterstattung über die GWA in der Magdeburger Volksstimme, sodass die Leute zumeist wüssten, an wen sie sich wenden müssten, wenn sie sich engagieren wollten. Darüber hinaus gebe es Unterstützung für die GWA durch die Verwaltung, aber auch durch die Fraktionen im Stadtrat.

Abg. **Ulrike Bahr** (SPD) erkundigt sich, wie sich diese Form der Partizipation und Demokratisierung auf die Wahlbeteiligung auswirke. Mache sich dies positiv auch mit Blick auf die aktuellen rechtspopulistischen Tendenzen bemerkbar?

Herr **Dr. Ingo Gottschalk** (Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung Magdeburg) antwortet, dies habe man bisher noch nicht analysiert. Dennoch könne man sagen, dass in Magdeburg rechtspopulistische Aktivitäten weniger stark wahrzunehmen seien als anderswo. Ob dies auf den Einfluss der Gemeinwesenarbeit zurückzuführen sei, wisse er nicht. Was man jedoch konstatieren könne, sei, dass sich die Menschen auch politisch stärker einbrächten, so wie es Herr Professor Hinte beschrieben habe. Notwendig sei es, diese Formen direkter Demokratie und die repräsentative Demokratie noch besser zusammenzubringen und ein Verhältnis zu schaffen, das für beide Seiten annehmbar sei. Dies sei aus seiner Sicht in Magdeburg durchaus gelungen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Gottschalk und Herrn Professor Hinte für ihre sehr interessanten Beiträge und die angeregte Diskussion. Schon zu seiner Studienzeit habe sich in den 1970er Jahren in Oberhausen die „Ruhrwerkstatt“ gegründet, die vor allem junge Menschen in allen Bereichen ihrer Arbeits- und Lebenswelt aktiv gefördert und nachhaltig unterstützt habe. Sie existiere noch heute. Dies zeige, dass sich solche Ansätze, die anders mit Bürgerinnen und Bürger umgingen und sie aktiv mit einbezögen, bis heute nicht an Aktualität verloren hätten. Auch insofern wünsche er Herrn Dr. Gottschalk und Herrn Professor Hinte weiterhin viel Erfolg für ihre weitere Arbeit.

Tagesordnungspunkt 2

Gespräch mit dem 1. Vorsitzenden des BürgerBus Isenagener Land e. V., Herrn Herbert Pieper, über das Thema "Bürgerbusse"

Herr **Herbert Pieper** (BürgerBus Isenagener Land e. V.) bedankt sich zunächst für die Einladung und Möglichkeit, das Projekt „BürgerBus Isenagener Land“ vorstellen zu können. Dieses sei in der Lüneburger Heide im ländlich geprägten Kreis Gifhorn angesiedelt, der von der Fläche her einer der größten Landkreise Deutschlands sei. Es gebe dort auch einen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der seit einigen Jahren jedoch nur wenig genutzt werde. Auch wenn viele im Kreis Gifhorn ein eigenes Auto hätten, machten sich die Wirkungen des demografischen Wandels dort ebenfalls bemerkbar. Die Menschen würden immer älter und könnten teilweise kein Auto mehr fahren. Da die Angebote der Daseinsvorsorge vor Ort immer mehr abnähmen, stelle sich für viele die Frage, wie sie zum Einkaufen kämen oder wie sie zum Arzt oder zur Apotheke gelangten, da diese am Ort oft nicht mehr vorhanden seien. Die Lokalpolitik habe sich der Kritik aus der Bevölkerung über die zunehmend eingeschränkte Mobilität angenommen, da die Daseinsvorsorge zu ihren Aufgaben gehöre.

Das Problem sei, dass der ÖPNV defizitär sei und daher im ländlichen Raum kaum mehr zu finanzieren sei. Insofern gebe es oftmals nur noch den Schülertransport morgens und nachmittags, aber kein darüber hinausgehendes Angebot. Jeder, der zum Einkaufen oder zum Arzt wolle, müsse sich an den Zeiten des Schülertransports orientieren, wobei ein Sitzplatz keinesfalls garantiert sei, da diese wenigen Busse stark frequentiert seien. Daher sei insbesondere von älteren Menschen die Forderung nach selbstbestimmter Mobilität erhoben worden. Denn bis dato seien viele Ältere auf Nachbarn oder Angehörige angewiesen und dabei von deren zeitlichen Ressourcen abhängig gewesen, sodass eine selbstbestimmte Mobilität für sie nicht gegeben gewesen sei. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der wirtschaftlichen Zwänge, dass ein kostendeckender Personentransport nicht zu finanzieren sei, sei die Idee des Bürgerbusses als Alternative aus bürgerschaftlichem Engagement heraus entstanden.



Wie unschwer vorstellbar sei, könne man als Verein nicht einfach ein Fahrzeug kaufen und starten. Denn man befinde sich hier im Bereich des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG), das zu beachten sei. Das bedeute auch, dass man für die Personenbeförderung eine Konzession benötige und sich an den Regelungen des § 42 PBefG zum Linienverkehr zu orientieren habe. Bei der Gründung des Bürgerbusses habe man auf die Erfahrungen von mittlerweile rund 50 Bürgerbus-Vereinen allein in Niedersachsen zurückgreifen können. Die ersten Bürgerbus-Vereine hätten sich schon vor 15 Jahren gebildet. Der BürgerBus Weyhe habe z. B. vor kurzem bereits den dreihunderttausendsten Fahrgast transportiert. Der Bürgerbus-Verein Isenhagen-Land habe seine Konzession über die Verkehrsgesellschaft Landkreis Gifhorn bekommen, die als kommunaler Aufgabenträger für die Durchführung des ÖPNV zuständig sei. Dadurch sei man von der rechtlichen Seite her zunächst einmal abgesichert gewesen.

Die Anschaffung eines Bürgerbusses koste aber auch sehr viel Geld. Die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen sei für die Schaffung eines bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrsangebotes verantwortlich. Ihre Satzung enthalte einen Passus, wonach die Anschaffungskosten für einen Bürgerbus gefördert werden könnten. Die Investitionskosten pro Fahrzeug lägen mit 90.000 Euro so hoch, dass sie naturgemäß von einem sich neu gründenden Bürgerbusverein nicht ohne weiteres aufzubringen seien. Zum Glück würden 75 Prozent der Anschaffungskosten für den Bürgerbus über Mittel des Landes Niedersachsen gefördert. Darüber hinaus habe man den Landkreis angesprochen, ob er sich nicht an den Anschaffungskosten beteiligen wolle. Denn die Schaffung eines bedarfsgerechten ÖPNV-Angebotes gehöre mit zu seinen Aufgaben. Er müsse daher schon von sich aus ein Interesse daran haben, dass auch abseits gelegene Orte an den ÖPNV angebunden seien. Daher habe man den Landrat relativ schnell davon überzeugen können, dass der geplante Bürgerbus eine gute Sache sei. Zudem habe man auf die positiven Beispiele anderer Bürgerbusvereine in Niedersachsen verweisen können. Mit „Pro Bürgerbus Niedersachsen“ gebe es eine Dachorganisation, die Bürgerbusvereinen bei der Gründung und beim Betrieb von Bürgerbussen Hilfestellung leiste, z. B. bei der Antragstellung für die Konzession

bei der Landesnahverkehrsgesellschaft oder bei der Aufstellung eines Finanzplans. Auch dadurch sei es gelungen, den Bürgerbus anzuschaffen und die Konzession zu erhalten. Anschließend habe man sich daran gemacht, einen Fahrplan zu entwickeln. Dafür habe man vorher die Bedarfe mittels eines Fragebogens in allen Haushalten abgefragt.

Aus seiner Sicht sei so ein bürgerschaftliches Engagement im Bereich Bürgerbus zukunftsorientiert, weil die Effekte des demografischen Wandels immer stärker spürbar würden und ansonsten nicht aufzufangen seien. Denn die Verkehrsgesellschaften und kommunalen Aufgabenträger würden künftig keine neuen ÖPNV-Linien mehr einrichten können. Im Landkreis Gifhorn gebe es im nördlichen Teil lediglich eine Linie, die die Städte Gifhorn und Witting miteinander verbinde. Alle Orte drum herum würden nur über den Schülertransport versorgt, was für andere Bevölkerungsgruppen nicht besonders bedarfsorientiert sei, da die Busse vornehmlich die Schulen anführen und dies auch nur zu den bereits beschriebenen Zeiten. Von den Verkehrsgesellschaften sei man zunächst mit Argwohn betrachtet worden, da sie den Personentransport als ihre ureigene Aufgabe verstünden, die sie aber – wie bereits dargelegt – nicht bedarfsorientiert für alle erfüllten. Auf einen Aufruf zur Konstituierung des Bürgerbusvereins hätten sich insgesamt 40 Personen gemeldet, die bereit gewesen seien, den Bürgerbus ehrenamtlich zu fahren. Dies sei sehr wichtig gewesen, da es nicht ausreiche, nur einen Bus zu haben, sondern es müsse auch an fünf Tagen in der Woche über das gesamte Jahr von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr ein Linienbetrieb aufrechterhalten werden. Inzwischen führen 24 aktive ehrenamtliche Fahrer den Bürgerbus regelmäßig.

Eine weitere wichtige Frage seien die Unterhaltskosten für den Bus. Man brauche jeden Tag eine Tankfüllung, da der Bus in dem großen Flächenlandkreis 280 Kilometer am Tag zurücklege. Dafür benötige man pro Jahr ca. 20.000 Euro. Die Einnahmen von 2,60 Euro pro Einzelfahrschein reichten dafür bei weitem nicht aus. Man sei daher Klinken putzen gegangen und habe Sponsoren gesucht und gefunden. So habe man vor allem ein Energieunternehmen vor Ort und die Sparkasse



als Unterstützer gewinnen können. Dafür stelle man ihnen Werbeflächen am Bus als Gegenleistung zur Verfügung. Trotzdem reiche das dadurch akquirierte Geld nicht aus. Von daher habe man die Kommunen davon überzeugt, dass sie für ein etwaiges Defizit mit aufkämen. Er wolle betonen, dass man den Bürgerbus nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum ÖPNV betrachte. So fahre man auch die Haltestellen zentraler Linien des ÖPNV an, um z. B. Umsteigemöglichkeiten in die Kreisstadt zu schaffen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Pieper für seinen einführenden Beitrag. Die Fragerunde eröffne die Kollegin Christina Schwarzer.

Abg. **Christian Schwarzer** (CDU/CSU) bedankt sich für den spannenden Vortrag. Da sie selber aus Berlin komme, habe sie erst vor einigen Wochen von der Existenz von Bürgerbussen zum ersten Mal gehört. Sie habe einige Nachfragen. Herr Pieper habe geschildert, dass man zunächst eine Bedarfsabfrage durchgeführt und einen Aufruf gestartet habe, wer sich vorstellen könne, den Bus ehrenamtlich zu fahren. Sie interessiere, wer sich dafür gemeldet habe, ob auch neue Strecken akquiriert würden, in welcher Taktung der Bus fahre und ob auch über die Nutzung neuartiger technischer Lösungen nachgedacht werden, um den Bedarf der Nutzer noch besser eruieren zu können.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) erklärt, auch im Flächenland Sachsen-Anhalt seien in den letzten Jahren eine Reihe von Buslinien eingestellt worden, weil die Fahrgastzahlen zurückgegangen seien. Auch das Phänomen, das sich der ÖPNV auf den Schülerverkehr zurückziehe, gebe es hier. Sie interessiere, wie hoch das Fahrgastaufkommen beim BürgerBus Isenhagener Land sei und ob es sich auf dem Niveau der zuvor eingestellten ÖPNV-Linien bewege. Darüber hinaus würde sie gerne wissen, ob es auch eine Kopplung zwischen Bürgerbus und Rufbus gebe.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt Herrn Pieper für seinen sehr interessanten Beitrag. Sie komme aus dem kleinsten Flächenkreis Deutschlands und obwohl es sich eigentlich um einen Ballungsraum handele und

öffentliche Busse führen, müsse man, wenn man von ihrem Wohnort Eschborn in die nächste Kreisstadt wolle, über Frankfurt fahren, wodurch man für 12 Kilometer ungefähr anderthalb Stunden benötige, weil der Bus alle Dörfer auf dem Weg abfare. Sie interessiere daher, wie die Routenplanung aufgestellt werde und ob es dabei gelungen sei, die Strecken in einer annehmbaren Zeit zu bewältigen. In einigen hessischen Landkreisen gebe es inzwischen Ruftaxen, nachdem Taxiunternehmen und die jeweilige Gemeinden entsprechende Verträge abgeschlossen hätten. Die Ruftaxen holten die Leute nicht von zuhause, sondern von bestimmten Sammelpunkten ab. Wenn z. B. jemand zum Arzt fahre, säßen noch zwei bis drei Personen mit im Taxi, die etwas anderes zu erledigen hätten. Sie interessiere, was Herr Pieper davon halte und ob eine Kooperation mit solchen Angebotsformen vorstellbar sei.

Abg. **Dr. Dorothee Schlegel** (SPD) erklärt, sie habe drei kurze Fragen: Wer seien neben älteren Menschen die Zielgruppen des Bürgerbusses? Wie groß sei der Radius, der mit dem Bus bedient werde? Und werde durch eine solch gut gemeinte Aktion nicht möglicherweise die Verlagerung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge auf das bürgerschaftliche Engagement begünstigt?

Herr **Herbert Pieper** (BürgerBus Isenhagener Land e. V.) betont, er versuche, die gestellten Fragen nacheinander zu beantworten. Zunächst einmal sei nach den Fahrern gefragt worden. Diese seien in erster Linie Frührentner. Das habe man so auch erwartet, da es hier ein Potenzial von Leuten gebe, die sich gerne bürgerschaftlich engagieren wollten. Es führen aber auch Menschen den Bus, die bei VW im Schichtsystem arbeiteten, die sich aber an ihren freien Tagen trotzdem als ehrenamtliche Fahrer engagieren wollten. Auf diese Gruppe nehme man bei der Fahrereinteilung besonders Rücksicht. Das Engagement erstreckte sich über alle Schichten. Es gebe Leute, die gut situiert seien und sich engagieren wollten, und es gäbe Leute, die sich engagierten, weil sie gerne Auto führen. Die Routenplanung habe man anhand des Rücklaufs der Fragebögen vorgenommen. Der Streckenplan werde an einigen Stellen erweitert, an anderen Stellen auch etwas reduziert. Denn angesichts der bereits genannten 280 Kilometer, die man



täglich fahre, müsse man die Betriebskosten im Blick behalten. Mehr sei auch zeitlich gar nicht zu bewältigen. Die Einrichtung neuer Strecken und Haltestellen werde man bis zum nächsten Fahrplanwechsel am 1. Februar 2017 prüfen.

Die Abgeordnete Schulz-Asche habe zu Recht betont, dass die Leute nicht 90 Minuten über die Dörfer fahren wollten, um zum Einkaufen zu kommen und dann wieder 90 Minuten zurück. Das Ganze müsse in einem zeitlichen Rahmen von 30 bis 35 Minuten passieren. Das gelinge auch, da man zentrale Plätze anfare, wo Märkte und Ärzte seien. Wichtig sei auch, eine Verweilzeit zu haben. Der älteren Dame sei nicht geholfen, wenn sie nur 15 Minuten Zeit habe, um ihre Einkäufe zu erledigen, bis der Bus wieder zurückfahre. Klar sei jedoch auch, dass man nicht immer alle Interessen bedienen könne. Man habe auch Haltestellen, die fünf Kilometer von der Hauptstrecke abzweigten und wo lediglich einige Gehöfte und Häusergruppen in der Nähe seien. Da müsse man überlegen, ob man sie jeden Tag anfare. Man hand habe es jetzt so, dass die Leute vorher anriefen, wenn sie von diesen Haltestellen abgeholt werden wollten. Dies könne auch fünf Minuten vorher sein, da man einen entsprechenden zeitlichen Puffer im Fahrplan eingebaut habe, um sie kurzfristig abzuholen. Viele hätten auch gefragt, ob man nicht einen Rufbus einrichten könnte, was aber bei einer Größenordnung von 12.000 Einwohnern im Einzugsbereich nicht machbar sei.

Bei den Fahrgastzahlen gehe es nicht um Masse. Wenn man nur einen Fahrgast habe, den man am Vormittag bedient habe, sei dies auch okay. Man benötige die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf nicht zur Deckung der Betriebskosten. Dies geschehe vor allem über Sponsoring, wo man mehrjährige Verträge geschlossen habe. Der Bus müsse mindestens fünf Jahre laufen. Nach fünf Jahren werde er, wenn er die entsprechende Kilometerleistung habe, von der Landesnahverkehrsgesellschaft, durch ein neues Fahrzeug ersetzt und man hoffe auch, dass der Landkreis über die fünf Jahre hinaus an seiner Unterstützung festhalten und dass man weiterhin genügend motivierte Fahrer haben werde, die mit Spaß an der Sache dabei seien.

Einen Rufbus bekomme man – wie bereits erwähnt – organisatorisch nicht „gestemmt“. Zudem würde man sich dann im Bereich der Taxiunternehmen bewegen, was denen wiederum gar nicht gefiele. Man habe nach der Aufnahme des Fahrbetriebs einen Anruf von einem hiesigen Taxiunternehmer bekommen, der gefragt habe, warum man den Bus betreibe. Die Fahrt der älteren Dame z. B. zum Einkaufen oder Arzt könne doch auch von ihm übernommen werden, allerdings mit dem Unterschied, dass die Fahrt nach Gifhorn für die ältere Dame dann 35 Euro kosten würde.

Beim Fahrpreis müsse man sich an den Tarif des Großraumverbandes Braunschweig halten. Es gebe hier keine Sonderrabatte. 2,60 Euro für den Einzelfahrschein sei für viele, die schon eine Weile vom ÖPNV entwöhnt seien, erst einmal viel Geld. Man behelfe sich jedoch mit einem Kniff. Da man den Fahrpreis nicht subventionieren dürfe, habe man die Unternehmen angesprochen. Wer z. B. beim Einkaufsmarkt seinen Bürgerbusfahrchein vorzeige, erhalte einen Euro Rabatt. Der Tarif des Großraumverbandes Braunschweig lasse es zudem zu, mit einem Fahrschein innerhalb von 90 Minuten hin- und zurückzufahren.

Überraschenderweise habe man auch viele Schüler als Fahrgäste, womit man gar nicht gerechnet habe. Aber Schule sei mittlerweile bei den Anfangs- und Endzeiten so individuell, dass Schüler auch unter den Fahrgästen seien. Bis jetzt habe man dies leisten können, obwohl der Bus nur ein 8-Sitzer sei, denn mehr Personen dürfe man aufgrund des Personenbeförderungsgesetzes mit einem normalen PKW-Führerschein nicht transportieren. Darüber hinaus brauche man zusätzlich einen Personenbeförderungsschein. Dafür müsse man sich amtsärztlich untersuchen lassen und einen Hör-, Seh- und Reaktionstest durchlaufen. Dies habe bei einigen älteren Herrschaften dazu geführt, dass man ihnen habe sagen müssen, dass sie leider nicht als Fahrer fungieren könnten.

Die Zielgruppe sei, wie er bereits dargelegt habe, durchaus vielfältig. Der Radius erstreckte sich über den nördlichen Bereich des Landkreises. Zentraler Ort sei die Ortschaft Wesendorf, wo die Haupteinkaufsmärkte und die Ärzte seien. Dies sei eine



Entfernung von 18 Kilometer Luftlinie, um die herum man fahre. Außerdem fahre man einen weiteren Ort an, wo eine Anbindung an den Zugverkehr bestehe. Ein solches bürgerschaftliches Engagement sei sicherlich für viele Kommunen attraktiv, man müsse die Leute aber auch zum Mitmachen motivieren.

Abschließend wolle er betonen, dass man sich mit dem Betrieb eines Bürgerbusses im unternehmerischen Bereich bewege. Er sei als Vorsitzender des Vereins quasi Unternehmer mit 24 Mitarbeitern. Er habe Buchführung zu machen, er müsse monatlich dem Finanzamt gegenüber Einnahmen und Ausgaben erklären und am Ende des Jahres eine Bilanz vorlegen. Dieses Engagement sei also durchaus mit einigem bürokratischen Aufwand verbunden. Es sei zudem nicht einmal gemeinnützig, da man sich im unternehmerischen Bereich bewege. Daher könne man auch keine Spendenquittungen ausstellen. Dafür könne man wiederum Werbungskosten als Betriebsausgaben steuerlich geltend machen. Für die Bürgerbusvereine wäre es sehr hilfreich, wenn sie im Steuerrecht als gemeinnützig anerkannt würden. Er würde es sehr begrüßen, wenn sich der Unterausschuss dafür einsetzen würde.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD) erklärt, sie habe eine Frage in Bezug auf die Kommunikation. Sie interessiere, ob der Bürgerbus neben seiner mobilitätsfördernden Funktion auch als Dialog- und Kommunikationsplattform von den Menschen genutzt werde.

Herr **Herbert Pieper** (BürgerBus Isenhagener Land e. V.) antwortet, die Erfahrungen der ersten Monate zeigten, dass sich die Leute mit dem Bürgerbus identifizierten. Einige, die früher bereits mit dem ÖPNV oder dem Schülerbus gefahren seien, sagten explizit, sie führen lieber mit dem Bürgerbus.

Die Kommunikation mit dem Fahrer, auch die gegenseitige Hilfsbereitschaft sowie die Barrierefreiheit würden von vielen Fahrgästen sehr geschätzt. Die Kommunikation sei sehr viel intensiver als beim Schülertransport. Was den Bürgerbus für den ländlichen Raum zusätzlich attraktiv mache, sei, dass er eine integrierte umklappbare Rampe habe, sodass auch jemand mit einem Elektro-Rollstuhl hineinfahren könne. Im Bereich der Personenbeförderung gebe es die Vorgabe, dass bis 2022 alle Haltestellen behindertengerecht sein müssten. Man könne sich leicht vorstellen, dass dies für eine Kommune mit kleineren Ortsteilen und vielen Haltestellen ein erheblicher Aufwand sei, da ein Haltestellenumbau 50.000 Euro koste und oftmals nur morgens und abends einmal ein Bus komme. Der Bürgerbus brauche eine solche umgebaute Haltestelle nicht. Er habe die Rampe, die der Fahrer lediglich aufklappen müsse.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Pieper für sein Kommen. Er wolle ergänzen, dass in seiner Heimat der Bürgerbus vor allem dazu diene, ältere Menschen, die auf dem Berg wohnten und von dort nicht wegzämen, zum vorhandenen ÖPNV zu bringen. Auch der Kommunikationsaspekt spiele für viele Ältere eine wichtige Rolle. Für viele sei die Fahrt mit dem Bus ein Highlight, weil sie mit Menschen reden könnten. Das heiße, die Bürgerbusse hätten oft eine zusätzliche, nebenbei mitlaufende Funktion. Bevor er die letzte Sitzung des Unterausschusses vor Weihnachten schließe, wünsche er allen Kolleginnen und Kollegen sowie allen Anwesenden schon jetzt erholsame Weihnachtsfeiertage.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 18:58 Uhr

Willi Brase, MdB
Vorsitzender



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Fachgespräch Gemeinwesenarbeit
30. November 2016

Landeshauptstadt Magdeburg

Landeshauptstadt Magdeburg

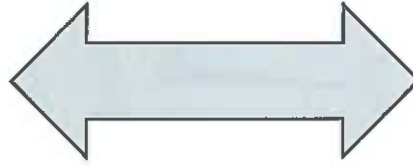


Landeshauptstadt Magdeburg
30.11.2016

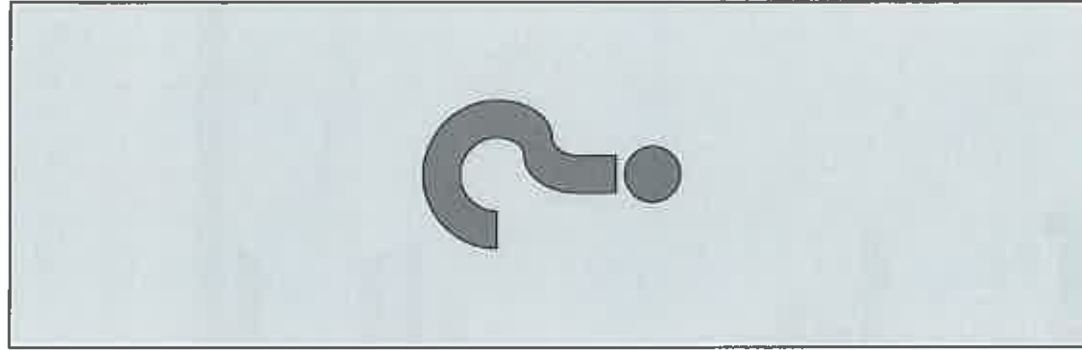
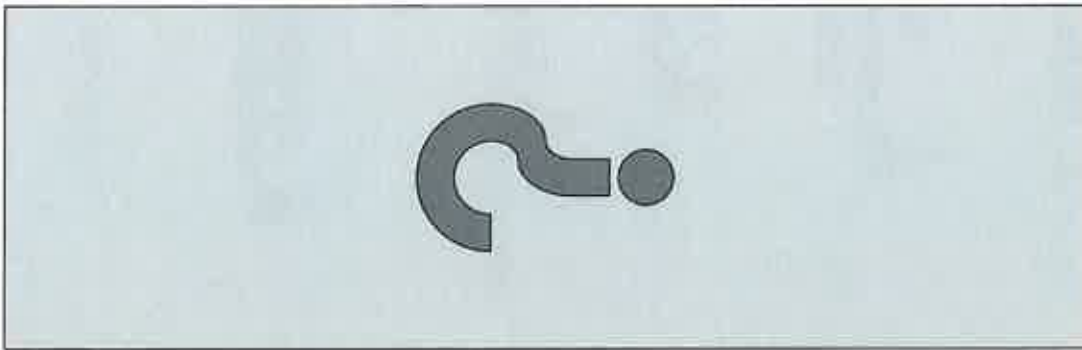
Dezernat V - V/02

1. Anlass – 1997

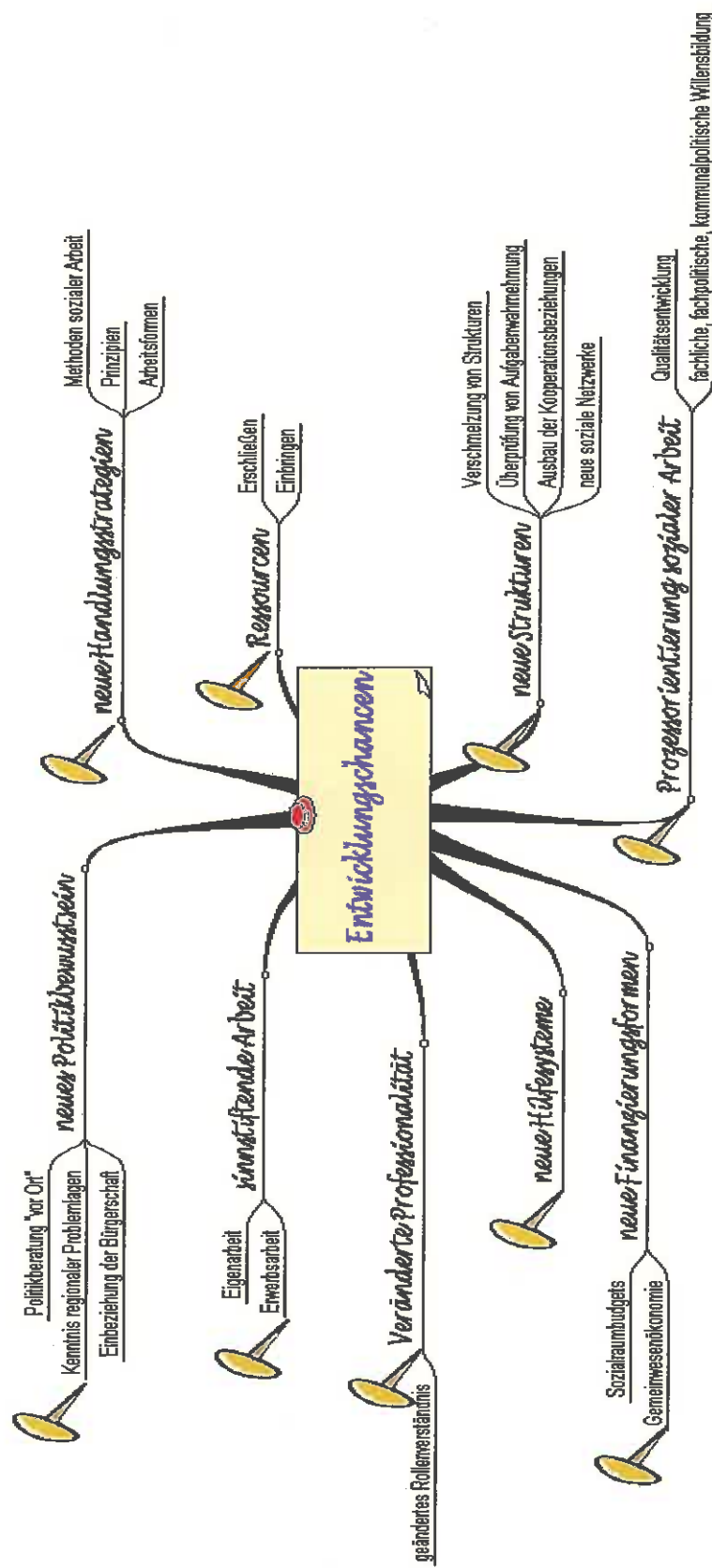
**Sozialraumorientierung
Akteursbeteiligung
Querschnittsorientierung
Sozialplanung Jugendhilfe**



**stadtteilorientiert
institutionell
individuell**



2. Ansatz – Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung



© Gottschalk 2000

Landeshauptstadt Magdeburg

Dezernat V - V/02

30.11.2016

2. Ansatz – Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung

Gemeinwesenarbeit – was ist das ?

Gemeinwesenarbeit ist stadtteilbezogene Sozial- und Kulturarbeit.

Gemeinwesenarbeit hat das Ziel, die **Lebensqualität** eines Stadtteiles insbesondere von benachteiligten Gruppen und Einzelpersonen durch das Erkennen vorhandener Problemlagen, die Lösung sozialer Probleme und die Anreicherung des **Alltagsumfeldes** zu verbessern.

Gemeinwesenarbeit zielt darauf ab, Hilfe zum **selbstorganisierten Handeln** unter Mobilisierung aller notwendigen verfügbaren materiellen, sozialen und symbolischen **Ressourcen** durch **Einmischung in kommunale Willensbildungsprozesse**, durch **Vernetzungsstrategien** die **Bewohner** eines Stadtteiles zu ermutigen und befähigen, ihre Probleme zu erkennen und deren Lösung selbsttätig und öffentlich anzugehen¹.

¹Definition der Arbeitsgruppe Sozialräumliches Planungskonzept 1999; Quellennachweis beim Verfasser.

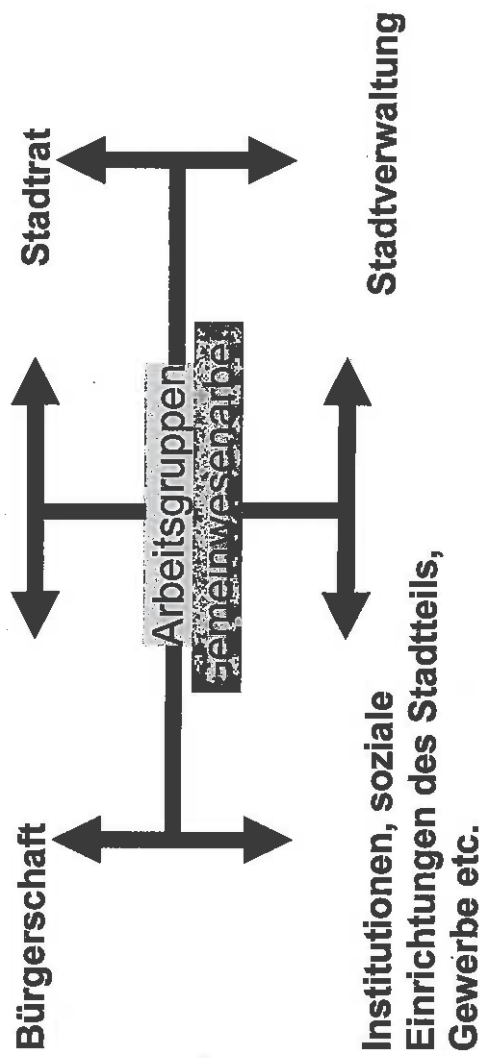
Was ist der Ansatz der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg ?

Die Entwicklung des Gemeinwesens ist unter der Zielstellung der Bürgerorientierung Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung und soll zielgerichtetes Handeln in sozialen Netzwerken im Stadtteil unterstützen. Seit 1997 wird u. a. an der Entwicklung einer Organisationsstruktur zur Umsetzung dieser Aufgabenstellung gearbeitet.

2. Ansatz – Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung

„Fokale Instanz“

Magdeburger Dialog zur Gemeinwesenarbeit für eine neue lokale Politik



2000 - Initiativfonds Gemeinwesenarbeit - (Förderrichtlinie)

Zielstellungen bzw. Grundsätze des Magdeburger Stadtrates:

- Entwicklung der Gemeinwesenarbeit durch Unterstützung von Aktivitäten (Initiativen, Aktionen, Projekten) von Bürgerinnen und Bürgern (Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements)
- keine Vollfinanzierung von Maßnahmen und Einrichtungen, sondern Teilfinanzierung zur Aktivierung des Social-Sponsoring
- Entwicklung eines einfachen bürgerorientierten Verfahrens zur Umsetzung von Haushaltsmitteln zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements (flexible, schnelle, kurzfristige Mittelgewährung)
- Einbeziehung der Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit zur Anregung von Aktivitäten
- Beachtung der aktuellen Entwicklungen in den Arbeitsgruppen zur Unterstützung und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit

2000 - Initiativfonds Gemeinwesenarbeit - (Förderrichtlinie)

Die Mittelverwendung ist an die Kriterien zur Mittelbereitstellung gebunden:

- u. a.:
- Fondsumsetzung
 - . Gleichverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend der zu Jahresbeginn eines jeden Jahres festzustellenden Anzahl an AG´n Gemeinwesenarbeit
 - . Mittelumsetzung im Rahmen des Verwaltungshandelns der Stadtverwaltung
 - Projektgrundlagen
 - . Berücksichtigung vorhandener Angebote im Stadtteil
 - . Nachweis von Bürgerbeteiligung im /durch das Projekt
 - . projektbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
 - Entscheidungsstruktur zur Mittelvergabe an Antragsteller
 - . Bewertungen der Rang-, Reihenfolge, Dringlichkeit werden durch die AG´n Gemeinwesenarbeit nach Inhalt und Bedarf vorgenommen
 - . einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Teilnehmer (eine Institution eine Stimme, jede Bürgerin/jeder Bürger eine Stimme).

Organisations- und Projektentwicklung - Kommunikation - Würdigung



Dezernat V - V/02

Landeshauptstadt Magdeburg
30.11.2016



AG Gemeinwesenarbeit versteht sich als Multiplikator
„Ohne-mich-Bewegung“ wird
von unten langsam aufgeweicht
 Von Corinna Harburg

Das ist ein langer Streifen, wenn er in das Gewebe der Stadt eingewoben wird. Die AG Gemeinwesenarbeit hat sich als Multiplikator verstanden und versucht, die Arbeit der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verknüpfen. Die AG Gemeinwesenarbeit ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in verschiedenen Stadtteilen arbeiten. Die AG Gemeinwesenarbeit ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in verschiedenen Stadtteilen arbeiten.

Kein Selbstläufer
 Die AG Gemeinwesenarbeit ist kein Selbstläufer. Sie muss sich ständig bemühen, die Arbeit der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verknüpfen. Die AG Gemeinwesenarbeit ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in verschiedenen Stadtteilen arbeiten.

AGDEBARGELOKALANZEIGER
 Die AGDEBARGELOKALANZEIGER ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in verschiedenen Stadtteilen arbeiten.

Ötiro greift zum Besen: Startschuss für den Stadttanz
 Die Ötiro greift zum Besen. Der Startschuss für den Stadttanz ist gefallen. Die Ötiro greift zum Besen. Der Startschuss für den Stadttanz ist gefallen.

Bürger-Engagierte stochem im Nebel
 Bürger-Engagierte stochem im Nebel. Die Bürger-Engagierte stochem im Nebel. Die Bürger-Engagierte stochem im Nebel.

AGER LOKALANZEIGER
 Die AGER LOKALANZEIGER ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in verschiedenen Stadtteilen arbeiten.

SPD-Stadtrat will GWA-Gruppen auf den Prüfstand stellen
 SPD-Stadtrat will GWA-Gruppen auf den Prüfstand stellen. Die SPD-Stadtrat will GWA-Gruppen auf den Prüfstand stellen. Die SPD-Stadtrat will GWA-Gruppen auf den Prüfstand stellen.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Einheitsbrei am Tag der Einheit
 Einheitsbrei am Tag der Einheit. Die Einheitsbrei am Tag der Einheit. Die Einheitsbrei am Tag der Einheit.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.

Wohnen die Lieber
 Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber. Die Wohnen die Lieber.



Dezernat V - VI02

Landeshauptstadt Magdeburg
 30.11.2016

Was – wie – mit wem erreicht?

Strukturen:

Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit - 1997
Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement - 2004
Freiwilligenagentur – 2006

Förderliche Rahmenbedingungen:

- **Politischer Wille - Verwaltungsspitze/ Stadtrat („good governance“)**
- **Verknüpfung Sozialplanung („Fokale Instanz“)**
- **Initiativfonds – Impulse/ „schnelles Verfahren“ („social action“)**
- **Koordination („konkreter zentraler operativer und strategischer Kümmerer in der Verwaltung“)**
- **Kommunikation (Sprechertreffen , Sitzungen, Fachtage, Öffentlichkeitsarbeit/ Internetpräsenz, Qualifizierung...)**

Ergebnisse:

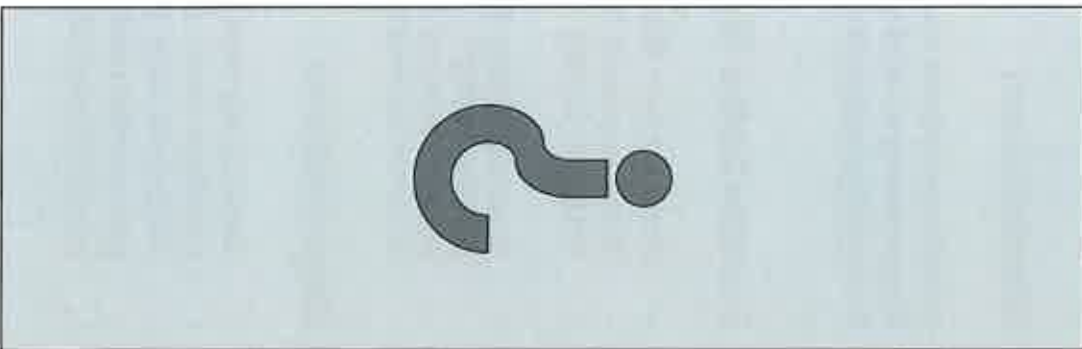
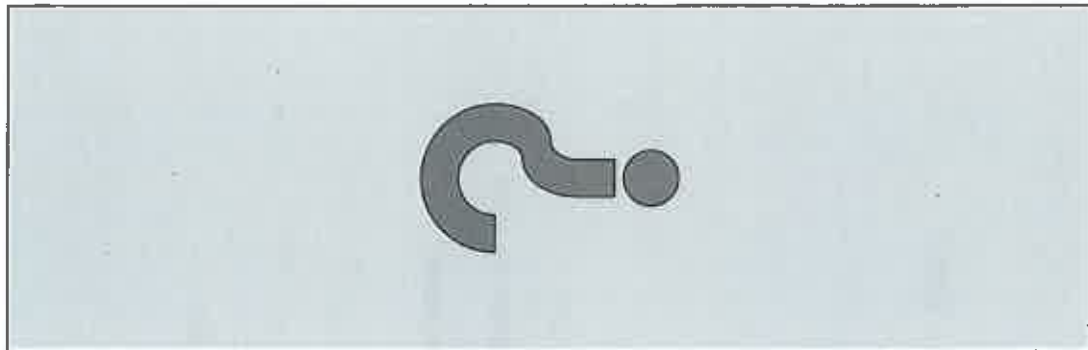
- **Gründung von Vereinen**
- **jährlich rund 180 Projekte durch Initiativfonds mit rund 10.000 Beteiligten**
- **Aktivität und Identifikation im Lebensumfeld**
- **generationenübergreifende Entwicklung sozialer Infrastruktur**
- **bürgerschaftliches und politisches Engagement**

1. Anlass – 1997

**Sozialraumorientierung
Akteursbeteiligung
Querschnittsorientierung
Sozialplanung Jugendhilfe**



**stadtteilorientiert
institutionell
individuell**



Resümee – rund 20 Jahre Magdeburger Ansatz

- Sozialplanung hat sich als Impulsgeber bewährt.
- Der gewählte Ansatz zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements ist nachhaltig etabliert.
- Eine Öffnung des politischen Klimas hinsichtlich einer noch stärkeren und *dauerhaft öffentlichen* Bürgerbeteiligung ist gelungen.
- Die Verschränkung repräsentativer Demokratie und Formen direkter demokratischer Beteiligung sind unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen umsetzbar.

Empfehlung

Sozialplanung sollte begrifflich in alle Sozialgesetzbücher aufgenommen werden („Impulsgeber“/ „Instrumentarium“).

Damit werden auch Prozesse zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements intensiver beförderbar.

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 21.09.2016
Dezernat V	Amt V/02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0241/16

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	25.10.2016	nicht öffentlich
Gesundheits- und Sozialausschuss	16.11.2016	öffentlich
Kulturausschuss	16.11.2016	öffentlich
Jugendhilfeausschuss	24.11.2016	öffentlich
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	29.11.2016	öffentlich
Stadtrat	08.12.2016	öffentlich

Thema: Zur Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und zum Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2015

Die ehrenamtlich agierenden Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit haben im Jahr 2015 regelmäßig öffentliche Beratungen durchgeführt und dabei Fragen zur Verbesserung von Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit, Konzepte zur städtebaulichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Stadtteile und weitere Themen, die von den Beteiligten selbst eingebracht wurden, besprochen. Regionale Stadtteilnetzwerke wurden weiter ausgebaut und gefestigt. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, interessierte Fachleute, Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen und Vereinen vor Ort, Ämter der Stadtverwaltung und weitere beteiligte Partnerinnen und Partner haben erfolgreich zusammengearbeitet, sich bei der Umsetzung von Lösungen eingebracht und so das Geschehen im Stadtteil mitbestimmt.

Die Umsetzung gemeinschaftlich organisierter Stadtteilprojekte und Aktionen ist geprägt durch ein hohes Maß an ehrenamtlichem Einsatz der Teilnehmenden der GWA-Gruppen und vieler weiterer engagierter Bürgerinnen und Bürger aus den Stadtteilen. Zur ihrer Unterstützung standen finanzielle Mittel aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit zur Verfügung.

Besondere Schwerpunkte

Zu Beginn des Jahres 2015 fanden zwei Sprechertreffen statt. Zunächst wurden alle Sprecherinnen und Sprecher durch Frau Borris, Beigeordnete Soziales, Jugend und Gesundheit, über die aktuelle Flüchtlingssituation und die weitere zu erwartende Zuwanderung in der Stadt Magdeburg informiert. Weitere aktuelle Informationen zu diesem Thema wurden durch Frau Borris im Laufe des Jahres in vielen GWA-Gruppen gegeben.

Im 2. Sprechertreffen wurde der 2. Fachtag zur Gemeinwesenarbeit vorbereitet. Dieser war 2010 vom Stadtrat gefordert und im November 2015 im Roncalli-Haus durchgeführt worden. Im Vorfeld wurde eine anonyme Internet-Befragung zur Bekanntheit der Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung wurden auf dem Fachtag vorgestellt. Die Dokumentation befindet sich in der Anlage zu dieser Information.

Mehrere GWA-Gruppen beteiligten sich an der Frühjahrsputzaktion „Otto putzt sich“. Zwei Arbeitsgruppen gestalteten die Stadtteilvitrine im Alten Rathaus. In allen GWA-Gruppen wurde auf die Nutzung der Behördennummer 115 und des „MD-Melder“ hingewiesen.

Alle GWA-Gruppen erhielten die Informationen zum „Integrierten Stadtentwicklungskonzept – Bürgerwerkstätten zur Entwicklung der Stadtteile“ und zur „Verkehrsentwicklungsplanung 2030plus“. Mehrere Gruppen nutzten diese Möglichkeiten, ihre Vorstellungen und Ideen hier einzubringen.

In fünf Arbeitsgruppen fanden Sprecherwahlen statt. Die neuen Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen Rothensee, Altstadt, Stadtfeld Ost, Neustädter See und Neustädter Feld erhielten durch die Verwaltung eine persönliche Einweisung in ihr neues, ehrenamtliches Betätigungsfeld.

Für ihr ehrenamtliches Engagement in der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit wurden 4 Bürgerinnen und Bürger mit dem FreiwilligenPass 2015 durch den Oberbürgermeister ausgezeichnet.

Themenschwerpunkte und ausgewählte Projekte der einzelnen GWA-Gruppen werden im Weiteren entsprechend der in der Verwaltung vorliegenden GWA-Protokolle dargestellt.

Alt Olvenstedt

- 7 Beratungen mit durchschnittlich 12 Teilnehmenden
- Schließung von ALDI und Sparkasse problematisch für ältere Bevölkerung
- Suche nach Investoren und Orten für Neuansiedlung Discounter
- Beteiligung an Unterschriftensammlung zur Öffnung der Olvenstedter Chaussee
- Kritik an schlechtem Zustand von Rad- und Gehwegen sowie Straßen nach Erschließungsausbau
- bessere Nutzung der Internetseite Olvenstedt.de angestrebt
- Neuwahl GWA-Sprecher
- Unterstützung von 13 Projekten aus dem Initiativfonds
- mehr als 2.000 Stadtteilbewohner und –besucher erreicht
- überwiegend kulturelle und sportliche Veranstaltungen für alle Altersgruppen
- 1 Ablehnungsbescheid, da mit dem Projekt bereits begonnen war
- 1 Widerrufsbescheid, da kein Verwendungsnachweis eingereicht wurde

Alte Neustadt

- 4 Treffen mit durchschnittlich 11 Teilnehmenden
- Informationen zu Projekten, die aus den Förderprogrammen Soziale Stadt und Stadtumbau Ost gefördert werden sollen
- Informationen zur Neubebauung des Stadtteilzentrums, zur Entwicklung des Geländes der ehemaligen Bördebrauerei und des Bahnhofs Neustadt
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil
- Unterstützung für das „Willkommensbündnis Neustadt“
- 6 Projekte mit ca. 1.700 Besucherinnen und Besuchern aus dem Initiativfonds unterstützt
- Besuchermagnete waren Osteraktionen im Nordpark und der Martinsumzug sowie mehrere Mittelalterprojekte

Altstadt

- 8 Treffen mit durchschnittlich 18 Personen durchgeführt
- zusätzlich 3 Banksprechstunden an der Jakobstraße mit regem Interesse genutzt
- Teilnahme Frühjahrsputzaktion
- Teilnahme an der Gedenkveranstaltung am 18. Januar für die Bombenopfer der Jakobstraße am Gedenkstein Hochhaus Jakobstraße
- Prüfung der Parkplatzsituation rund um die Planckstraße eingefordert
- Vorbereitung und Durchführung des GWA-Sommerfestes erstmals im öffentlichen Raum auf dem Friedensplatz wurde sehr gut angenommen
- Informationen zum Umzug der Islamischen Gemeinde
- Informationen und Diskussion zum B-Plan „Nachverdichtung Jakobstraße“ und zum Neubauprojekt „Blauer Bock“
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Kleinen Schulstraße
- Wahl neuer Sprecherrat
- 7 Projekte mit ca. 1.200 Besucherinnen und Besuchern aus dem Initiativfonds gefördert
- Weiterbildungsangebot „Senioren im Internet“ zur Gestaltung der Internetseite der GWA Altstadt
- Fest der Begegnung als Gemeinschaftsaktion der Kindertageseinrichtungen und Grundschule mit ca. 1.000 Teilnehmenden

Beyendorf, Sohlen

- 5 Treffen mit durchschnittlich 12 Personen
- Gemeinsame Herausgabe eines Monatsplans mit dem Ortschaftsrat
- Informationen zum Umbau des Soziokulturellen Zentrums, zum Stand des Neubaus der Kita „Kleiner Maulwurf“ und zur Sanierung des Sportplatzes
- Teilnahme Frühjahrsputzaktion
- Vorbereitung und Umsetzung des Festwochenendes zum Jubiläum 1050 Jahre Sohlen
- gemeinsames Auftreten von Ortschaftsrat und GWA-Gruppe zum Erhalt des Bahnhaltdepot Beyendorf, Informationen dazu durch Vertreter der NASA
- Auszeichnung von Eberhard Piehler und Henry Hagendorf mit dem FreiwilligenPass für ihr ehrenamtliches Engagement für den Stadtteil
- Förderung von 5 Projekten mit über 1.600 Besucherinnen und Besuchern
- Festwoche 1050 Jahre Sohlen als Besuchermagnet
- Sportliche und kulturelle Veranstaltungen für Jung und Alt, traditionelle Waldweihnacht

Buckau

- 7 Treffen mit durchschnittlich 18 Personen
- Beteiligung am Meilenstein der Demokratie am Buckauer Bahnhof
- Teilnahme Frühjahrsputzaktion
- Vorstellung Kita-Neubau Coquiststraße
- Unterstützung des lokalen Willkommensbündnisses Südost
- Vorstellung des Hochwasserschutzbeauftragten für Buckau
- Informationen zu Straßenausbaumaßnahmen
- Einbahnstraßenkonzept gefordert
- Idee diskutiert, Wochenmarkt auf dem Thiemplatz zu installieren
- Informationen zum Bauvorhaben Schönebecker Straße 51
- GWA in Aktion: „Mal mich an“ – Spielplatzverschönerung Bernburger/ Köthener Straße
- WERK4 stellt seine Projekte vor
- Unterstützung Buckauer Sprechcafé in der St.-Norbert-Gemeinde
- 4 Projekte aus dem Initiativfonds unterstützt, ca. 1.700 Beteiligte erreicht
- Unterstützung Buckauer Kulturprojekte
- Widerrufsbescheid für „Weihnachtsspe(c)ktakel“ da kein Verwendungsnachweis vorgelegt wurde

Fermerleben, Salbke, Westerhüsen

- 5 Beratungen
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Sandbreite
- Benennung Hochwasserschutzbeauftragter
- Informationen zum Hochwasserschutz an der Klinke, zum Projekt Freifunk und zu Sanierungen von Objekten am Salbker See
- Vorstellung des Kleingartenkonzeptes der Stadt Magdeburg mit Hinweisen, ungenutzte Gärten in Obstplantagen oder Tafel-Gärten umzugestalten
- Information zum Änderungsentwurf des Flächennutzungsplanes „Westerhüsen West“
- Information zur Neugestaltung Kreuzungsbereich Faulmannstraße
- 7 Projekte mit knapp 5.700 Besucherinnen und Besuchern aus dem Initiativfonds gefördert
- Kultur auf den Höfen, Lithafest und Adventsmarkt an der Alten Schule Salbke als Höhepunkte im Stadtteil

Kannenstieg

- 6 Beratungen mit durchschnittlich 26 Teilnehmenden
- Vorstellen geplanter Maßnahmen im Stadtumbau Ost
- Information zur Förderung von Migrationsprojekten
- Information und Diskussion zum Neubau der 2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn und Gründung einer Interessengemeinschaft gegen diese, ständige Berichterstattung über die Arbeit der Interessengemeinschaft
- ständige Informationen aus dem Bürgerverein Nord e. V. und dem Stadtteilmanagement
- Präsentation des Videos „Magdeburg im Wandel“, das die Stadtteile Kannenstieg und Neustädter See zeigt
- Vorstellen der neuen Spielplatzflächenkonzeption für den Stadtteil
- Präsentation des IKEA-Bauvorhabens und Aufnahme von Hinweisen
- 11 Projekte mit knapp 2.000 Beteiligten aus dem Initiativfonds unterstützt, davon 3 Projekte gemeinsam mit der AG GWA Neustädter See umgesetzt
- mehrere Projekte unter Einbeziehung von Migranten und Menschen mit Behinderungen, sowie generationsübergreifende Projekte
- Sachkosten für Sprecheraufwand in Anspruch genommen

Leipziger Straße, Hopfengarten

- 5 Treffen mit durchschnittlich 30 Personen
- Vorstellen des geänderten Buslinienkonzeptes für Hopfengarten und Reform, Unterstützung einer Bürgerinitiative gegen das Konzept und bei der Sammlung von Unterschriften, Umfrage zu veränderten Buslinien bei potenziellen Nutzern eingefordert
- regelmäßige Berichte der Bürgerinitiative zur verschlechterten Verkehrssituation, Grundsatzpapier der AG Verkehr der GWA-Gruppe an den Oberbürgermeister und die Stadtratsfraktionen
- Information zur Arbeit der Arbeitsgruppe Grund- und Schichtenwasser, gute Zusammenarbeit am Runden Tisch beim Beigeordneten für Umwelt, Personal und allgemeine Verwaltung
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen
- 10 Projekte aus dem Initiativfonds unterstützt
- ca. 2.000 Teilnehmende an generationsübergreifenden Familienprojekten und Projekten zur Förderung von Kompetenzen beteiligt
- Restmittel anderer GWA-Gruppen und Sachkosten für Sprecheraufwand wurden in Anspruch genommen

Lemsdorf

- 4 Treffen
- Teilnahme Frühjahrsputzaktion
- umfassende Informationen durch die jeweiligen Beigeordneten zur Stadtteilentwicklung, insbesondere Ballenstedter Straße, Klinketal, Frankefelde, zum Umzug des Bürgerbüros Süd und zu Perspektiven des Offenen Treffs in der Wernigeröder Straße
- Informationen zu veränderten Bus- und Straßenbahnlinien aufgrund der Tunnelbaustelle durch die MVB
- Diskussion zur Änderung der Schuleinzugsbereiche
- Förderung von 3 Projekten aus dem Initiativfonds
- Generationsübergreifendes Picknick sehr erfolgreich
- insgesamt mehr als 1.400 Besucherinnen und Besucher
- Inanspruchnahme der Sachkosten für GWA-Sprecher

Neu Olvenstedt

- 7 Beratungen mit durchschnittlich 22 Teilnehmenden
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen, Willkommensangebote für Flüchtlinge
- Teilnahme „Otto putzt sich“ mit mehreren Aktionen
- Forderung einer öffentlichen Toilette am Einkaufszentrum Olvenstedter Scheid
- Diskussion und Hinweise zum Verkehrsentwicklungsplan 2030plus
- Vorstellen der überarbeiteten Spielplatzkonzeption
- Informationen zur Übernahme der KJH „Kümmelsburg“ durch den freien Träger der Jugendhilfe „Die Brücke e. V.“
- Vorstellen neuer MVB-Fahrpläne ab Eröffnung der Tunnelbaustelle, Diskussion zu Verspätungen und Ausfällen bei der MVB, Informationen zur Gründung des Fahrgastbeirates
- Auszeichnung von Herrn Michael Otto mit dem FreiwilligenPass für sein Engagement im Stadtteil
- 4 Projekte aus dem Initiativfonds gefördert, darunter 2 Projekte mit mehreren Teilprojekten
- für 2 Teilprojekte konnten die Mittel nicht erstattet werden, da der Verwendungsnachweis nicht fristgerecht eingereicht wurde
- Frühjahrsputzaktionen und Sommerfest auf Olven I mit Einbeziehung von Flüchtlingen als Höhepunkte im Stadtteil

Neue Neustadt

- 6 Beratungen mit durchschnittlich 22 Personen
- Vorschläge und Diskussion zu Ideen für Verkehrskonzept Neue Neustadt
- Gestaltung der Stadtteilvitrine im Rathaus
- Vor- und Nachbereitung der Einwohnerversammlung mit OB Dr. Trümper am 29.04.2016
- Vorbereitungen für Stadtteilstadt 2016
- Vorstellen und Diskussion zur Freiraumaufwertung Lübecker Straße
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil
- neue Stadtteilmanagerin stellt sich vor
- Unterstützung beim Aufbau Willkommendbündnis Neustadt
- Vorstellen der Pläne zum Aufbau eines Indoor-Spielplatzes
- 9 Projekte mit ca. 9.100 Besucherinnen und Besuchern aus dem Initiativfonds unterstützt, darunter künstlerische, interkulturelle und Sportangebote
- Nutzung von Restmitteln anderer GWA-Gruppen
- 1 Zuwendungsbescheid wegen verspäteter Abgabe des Verwendungsnachweises widerrufen

Neustädter Feld

- 8 Treffen mit durchschnittlich 22 Personen
- Informationen zur Flüchtlingsproblematik
- Informationen zum Planfeststellungsverfahren der 2. Nord-Süd-Verbindung durch MVB, Teilnahme an Trassenbegehung
- Informationen zur Schließung/Umzug „Rolle 23“, Aktionen zum Verbleib des KJH
- Vorstellen des Vereins „Neue Wege e. V.“ als Träger des Mehrgenerationenhauses
- Teilnahme an der Wiedereröffnung der Grundschule „Kritzmannstraße“
- Vorstellung und Diskussion zum Kleingartenkonzept der Landeshauptstadt Magdeburg
- Rücktritt GWA-Sprecher und Neuwahl eines Sprecherrates
- 7 Projekte aus dem Initiativfonds gefördert, ca. 1.300 Besucherinnen und Besucher
- Restmittel anderer GWA-Gruppen genutzt
- Stadtteilstadtteilfest und Kinder-Sommer-Fest als Höhepunkte

Neustädter See

- 7 Beratungen mit durchschnittlich 28 Teilnehmenden
- laufende Informationen vom Stadtteilmanagement zur Durchführung der Förderprogramme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“
- Informationen zur Flüchtlingsproblematik
- OB Dr. Trümper beantwortet Fragen der GWA-Gruppe zu unterschiedlichen Themen
- Protest gegen die Schließung der Aldi-Filiale Salvador-Allende-Straße
- Rücktritt eines GWA-Sprechers und Neuwahl Sprecherrat
- 11 Projekte mit 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern finanziell unterstützt
- Sachkosten für Sprecheraufwand in Anspruch genommen
- integrative und sportliche Projekte, Stadtteilzeitung „Lindwurm“
- Tag der offenen Tür an der IGS „Regine Hildebrandt“
- Restmittel anderer GWA-Gruppen in Anspruch genommen

Nordwest, Neu Olvenstedt

- 9 Beratungen mit durchschnittlich 20 Personen
- Diskussion zur Umgestaltung des Einkaufszentrums „Florapark“
- Vorstellen der Pläne eines neuen Nahversorgers am Bouquet-Graseweg, Diskussion zum Wegfall von mehreren Kleingärten
- Sammlung von Ideen und Vorschlägen zur Unterstützung von Flüchtlingen
- Informationen zur aktualisierten Quartiersvereinbarung Olvenstedt
- 11 Projekte mit ca. 1.600 Besucherinnen und Besuchern, teilweise aus Restmitteln des Initiativfonds unterstützt
- traditionell von der GWA-Gruppe organisierte Projekte für Kinder zum Kennenlernen ihres Stadtteils, generationsübergreifende Sport- und Kulturprojekte
- Weihnachtsmarkt an der Döppler Mühle sowie Laternenumzug und Sternmarsch im Wohngebiet als Publikumsmagneten

Ostelbien

- 4 Treffen mit durchschnittlich 16 Personen
- Unterstützung der Unterschriftenliste zur Herauslösung der Alten Elbe aus dem FFH-Gebiet
- Informationen zum Neubau einer ZAST an der Breitscheidstraße
- Umsetzung von Projekten mit Beteiligung von Flüchtlingen zum Kennenlernen des neuen Umfeldes
- Vorstellen des Konzeptes eines Biomasse-Heizkraftwerkes
- Informationen zum B-Plan Friedrich-Ebert-Straße
- Informationen zum Deichbau in Pechau und zur Erarbeitung eines Pflegekonzeptes für den Ehle-Umflutkanal
- Frau Brigitte Otte mit dem FreiwilligenPass für ihr ehrenamtliches Engagement im Stadtteil ausgezeichnet

- Förderung von 13 Projekten aus dem Initiativfonds mit ca. 2.400 Besucherinnen und Besuchern
- Familien- Sport- und kulturelle Veranstaltungen, Projekte mit Flüchtlingskindern

Ottersleben

- 4 Treffen mit durchschnittlich 18 Personen
- Information zur Gründung einer Kinderfeuerwehr
- Unterstützung von Projekten des Heimatvereins Ottersleben zum 20. Gründungstag
- bessere Zusammenarbeit mit dem Mehrgenerationenhaus im Stadtteil eingefordert
- Sozialarbeiter des Sozialamtes stellen ihre Arbeit vor
- Beteiligung an der Auszeichnung mit dem „Goldenen Otter“
- Unterstützung aus dem Initiativfonds für 8 Projekte mit ca. 3.800 Beteiligten
- Kinderfest und Martinsumzug als traditionelle Publikumsmagneten, Projekte teilweise aus Restmitteln finanziert

Reform

- 4 Beratungen mit durchschnittlich 10 Teilnehmenden durchgeführt
- Information zur Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil
- Informationen zu Fahrplan- und Linienänderungen der MVB
- Unterschriftensammlung gegen Veränderung der Linie 57
- Aufstellen einer öffentlichen Toilette an der Kosmos-Promenade gefordert
- Überlegungen zur Neustrukturierung der GWA Reform; Rücktritt und Neuwahl eines Sprechers
- Förderung von 6 Projekten mit ca. 1.300 erreichten Teilnehmenden
- Martinsfest als Besuchermagnet, „Reform ist bunt“ als generationsübergreifende und multikulturelle Veranstaltung
- Adventsmarkt ohne Zuwendung, da kein Verwendungsnachweis eingereicht wurde

Rothensee

- 5 Beratungen mit 20 bis 60 Personen
- Informationen von kompetenten Vertretern zu folgenden Punkten:
 - o zum künftigen Hochwasserschutz
 - o zur Sanierung der Kita Badeteichstraße
 - o zur aktuellen Umweltbelastung
 - o zum Neubau der MVB-Anlagen im Stadtteil
 - o zur Flüchtlingssituation
- 7 Projekte mit ca. 4.200 Teilnehmenden aus dem Initiativfonds gefördert
- Restmittel anderer GWA-Gruppen in Anspruch genommen
- Sachkosten für Sprecheraufwand in Anspruch genommen
- Traditionelles Osterfeuer und Weihnachtsmarkt als Höhepunkte im Stadtteil

Stadtfeld Ost

- 6 Treffen mit durchschnittlich 21 Personen
- Vorstellung der Spielplatzkonzeption für den Stadtteil, Aufzeigen von Flächen, die dafür geeignet scheinen
- Information zur Situation von Flüchtlingen
- Unterstützung des Willkommensbündnisses und eines Willkommensfestes auf dem Schellheimer Platz
- Wahl neuer Sprecherrat
- Informationen zur weiteren Nutzung der Hermann-Gieseler-Halle
- Vorschläge für Schulneubau im Stadtteil
- Regionalbereichsbeamte stellen sich vor
- 7 Projekte aus dem Initiativfonds gefördert, ca. 4.900 Besucherinnen und Besucher
- Straßenfest, organisiert von Jugendlichen zum Abbau von Vorurteilen
- Stadtfelder Weihnachtsspektakel und Willkommensfest für Flüchtlinge als Publikumsmagneten
- Ablehnung eines Antrages, da mit dem Projekt bereits begonnen war

Stadtfeld West, Diesdorf

- 6 Beratungen durchgeführt
- Informationen zum weiteren Straßenausbau in der Beimssiedlung
- Informationen und Diskussion zur Schulentwicklungsplanung, Neubau einer Grundschule für Stadtfeld gefordert
- Gestaltung der Stadtteilvitrine im Rathaus zum Thema 90 Jahre Beimssiedlung
- Beteiligung an der Eröffnung des sanierten Beimsplatzes und den Feierlichkeiten zu 90 Jahre Beimssiedlung
- Informationen zum geänderten Straßenbahn- und Busliniennetz wegen Tunnelbaustelle
- Informationen zur späteren Sanierung der Großen Diesdorfer Straße im Zusammenhang mit Gleisbauarbeiten der MVB und barrierefreiem Ausbau der Haltestellen
- Auflösung des Bürgervereins Beimssiedlung e. V. als Verlust für die GWA-Gruppe
- ca. 6.000 Besucherinnen und Besucher für 10 Projekte, die aus dem Initiativfonds unterstützt wurden
- Besuchermagnete waren Eröffnung Beimsplatz, Veranstaltungsreihe „Jung und Alt begegnen sich im Kinderhaus“ und Siedlungsfest in Diesdorf Süd
- Sachkosten für Sprecheraufwand in Anspruch genommen

Sudenburg

- 7 Beratungen durchgeführt
- Teilnahme Meilensteine der Demokratie unter dem Motto „Sudenburg isst Kriege auf“
- Informationen zur Pflege des „Japanischer Schnurbaum“ am Südring
- Informationen zum Ausbau der Kreuzung Halberstädter Straße/ Kroatenweg, zur Sanierung und weiteren Nutzung der Ambrosiuskirche und zum geplanten Fachmarktzentrum an der Brenneckestraße
- Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Bau einer Flüchtlingsunterkunft an der Sudenburger Wuhne
- Unterstützung der Arbeit auf der Streuobstwiese
- Insgesamt 4 Projekte mit rund 1.000 erreichten Besucherinnen und Besuchern aus dem Initiativfonds gefördert
- darunter Projekt mit jugendlichen Flüchtlingen auf der Streuobstwiese
- für 2 Projekte konnten die beantragten Mittel nicht erstattet werden, da die Abgabe der Verwendungsnachweise nach dem Haushalts- und Kassenschluss erfolgte

Werder

- 4 Treffen mit durchschnittlich 29 Beteiligten
- Vorstellen der Pläne für den Bau der verlängerten Strombrücke
- Einsatz zum Erhalt der Kegelanlage an der Lingnerstraße
- Informationen zu den Hochwasserschutzmaßnahmen und dem FFH-Gebiet der Elbe
- Vorstellen der Pläne zum „Café del Sol“
- Vorbereitung und Durchführung eines Stadtteil-Sommerfestes und eines Winterlichen Markttreibens
- 4 Projekte mit ca. 400 Teilnehmenden gefördert
- Sachkosten für Sprecheraufwand in Anspruch genommen

Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

Zu Jahresbeginn wurde im Stadtrat die Anfrage A0010/15 zur Übertragung von Restmitteln aus dem Initiativfonds ins nächste Haushaltsjahr gestellt. Entsprechend der Stellungnahme S0054/15, die die erheblichen Schwierigkeiten einer solchen Übertragung darstellt, wurde der Antrag abgelehnt.

Der Initiativfonds Gemeinwesenarbeit zur Unterstützung von Stadtteilprojekten stand in voller Höhe von 51.200 Euro zur Verfügung, das heißt, jede Arbeitsgruppe hatte 2.327,27 Euro verfügbar.

Insgesamt wurden 180 Projektanträge gestellt, davon erhielten 178 Projekte einen Zuwendungsbescheid. Zwei Anträge wurden abgelehnt, da die Projekte bereits begonnen waren.

Fünf Projektträger zogen nach Antragstellung und Bewilligung ihre Anträge zurück. Zwei Projekte wurden nicht realisiert, drei weitere konnten die Finanzierung aus anderen Mitteln sicherstellen und verzichteten auf die Inanspruchnahme aus dem Initiativfonds.

Außerdem ergingen sechs Widerrufsbescheide, da die in den Zuwendungsbescheiden geforderten Verwendungsnachweise trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Termin vorlagen. Diese verspätet eingereichten Verwendungsnachweise konnten begründet nicht berücksichtigt werden. Der Stadtrat wurde über diesen Sachverhalt mit der Information I0032/16 in Kenntnis gesetzt. Aufgrund der Anfrage S0079/16 zur „Kostenübernahme von bewilligten und durchgeführten Projekten des GWA-Initiativfonds 2015“ hat die Verwaltung in ihrer Stellungnahme S0079/16 empfohlen, aufgrund der derzeit geltenden Rechtsvorschriften und der Gleichbehandlung aller Projektträger, Mittel aus dem Initiativfonds nicht nachträglich auszureichen. Diese Vorgehensweise wurde vom Stadtrat bestätigt.

Damit erhielten 167 Stadtteilprojekte eine Unterstützung aus dem Initiativfonds.

Für sieben Projekte wurde ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt und bestätigt. Auf Beschluss der Arbeitsgruppen erhielten 67 Traditionsprojekte (Projekte, die mehr als zwei Jahre nacheinander aus dem Initiativfonds gefördert wurden) eine Förderung. Neun Arbeitsgruppen stellten 14 Anträge auf Restmittel (Mittel, die nach dem 30.09.2015 in den anderen Arbeitsgruppen noch nicht verplant waren).

Insgesamt erreichten die mit 46.574,72 Euro unterstützten Stadtteilprojekte ca. 58.500 Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt. Ein Vielfaches mehr wurde für die Projekte aufgewendet, insbesondere in Form ehrenamtlichen Engagements bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Projekte.

Inhaltlich waren die Projekte so vielfältig wie in den vergangenen Jahren:

- Wohngebiets- und Stadtteilsterben, die der Festigung von Nachbarschaften und sozialen Netzwerken im Stadtteil dienen, neue lokale Ressourcen aufdecken und gleichzeitig Treffpunkt für Familien und alle Generationen sind;
- Projekte mit integrativem Charakter;
- Projekte für und mit Flüchtlingen;
- Projekte, die die Identität der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Stadtteil verbessern und dabei helfen, den eigenen Stadtteil, seine Geschichte und Traditionen noch besser kennen zu lernen und zur Verschönerung der Stadtteile beitragen;
- Kultur-, Sport- und Bildungsprojekte und zur Ausbildung von Kompetenzen;
- Projekte zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Ehrung ehrenamtlichen Engagements.

Sprecherinnen und Sprecher aus sieben Arbeitsgruppen beantragten einmalig die Erstattung von tatsächlich entstandenen Sachkosten für ihre Tätigkeit.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht über den Umfang der aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit geförderten Projekte.

Arbeitsgruppe	Anzahl Projekte	Ausgaben in Euro
Alt Olvenstedt	13	2.255,71
Alte Neustadt	6	2.246,21
Altstadt	7	1.909,33
Beyendorf, Sohlen	5	2.323,79
Buckau	4	1.811,83
Fermersleben, Salbke, Westerhüsen	7	2.300,00
Kannenstieg	11	2.049,70
Leipziger Straße, Hopfengarten	10	2.586,99
Lemsdorf	3	1.208,44
Neu Olvenstedt	4	1.848,94
Neue Neustadt	9	2.437,64
Neustädter Feld	7	2.424,49
Neustädter See	11	2.090,88
Nordwest, Neu Olvenstedt	11	2.675,56
Ostelbien	13	1.841,09
Ottersleben	8	2.770,24
Reform	6	1.387,77
Rothensee	7	2.627,00
Stadtfeld Ost	7	2.200,11
Stadtfeld West, Diesdorf	10	2.203,08
Sudenburg	4	1.051,80
Werder	4	2.324,12
Gesamt	167	46.574,72

Bearbeiter: Frau Ziegler
 Telefon: 540 3110

Borris

Anlage

Dokumentation

„Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg, 23.11.2015, Roncalli-Haus“



Fachtag

**zur Gemeinwesenarbeit in
Magdeburg**

23.11.2015



Herausgegeben von der Stabsstelle für Jugendhilfe,- Sozial- und Gesundheitsplanung
der Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg 2016

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung
Wilhelm -Höpfner- Ring 4
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3104
Fax: (0391) 540 96 3242

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei der Angabe von Berufs- und anderen Bezeichnungen häufig nur die allgemeine Form genannt

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung und Quellenangabe gestattet.

Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg

Ablauf

- 17:00 Uhr Eröffnung
Frau Borris, Beigeordnete Soziales, Jugend und Gesundheit
- 17:10 Uhr Vorstellen der Ergebnisse der Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu
GWA-Themen
Frau Ziegler, Koordinatorin Gemeinwesenarbeit
- 17:25 Uhr Impulsreferat
Öffentlichkeitsarbeit und Gewinnung neuer Zielgruppen für die GWA-Arbeit,
Herr Schenke, Pagasus Werbeagentur GmbH
- 17:45 Uhr Arbeit in 2 Arbeitsgruppen:
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Gewinnung neuer Zielgruppen
für die GWA-Arbeit
Herr Schenke
- Erfassen von Anforderungen an Konfliktmanagement und
Herausforderungen der GWA-Arbeit
Herr Dr. Gottschalk, Stabstelle V/02
- 18:30 Uhr Imbiss
- 18:50 Uhr Arbeit in 2 Arbeitsgruppen
- 19:35 Uhr Vortragen der Ergebnisse der Arbeitsgruppen
- 20:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Eröffnung

Frau Borris, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Ich begrüße Sie ganz herzlich zum 2. Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg. Dieser 2. Fachtag findet entsprechend eines Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2011 statt. Sie haben 2010 schon einmal zusammengesessen und im Ergebnis hat es dann das Positionspapier gegeben, wie sich die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg weiterentwickeln sollen. Es ist also keine Vorgabe der Verwaltung gewesen, sondern dieses Positionspapier wurde gemeinsam mit Ihnen erarbeitet. Ein wichtiger Punkt dieses Positionspapiers war die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, um die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit bekannter zu machen.

Gerade jetzt, im Rahmen der Zuwanderung, sind die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in den einzelnen Stadtteilen ein ganz wichtiges Bindeglied für uns - ganz wichtig in der Arbeit vor Ort, in der Kommunikation mit den Bürgern.

Ursprünglich waren die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit insbesondere zur Unterstützung der Jugendarbeit gedacht und nun freue ich mich, dass es gelingt, gemeinsam in der Flüchtlingsarbeit momentan viel Unterstützung von Ihnen zu erfahren. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Wir sind mittlerweile mit Flüchtlingsunterkünften in fast allen Stadtteilen unterwegs und ich habe da nur Positives erfahren, was die Arbeit in den GWA-Gruppen betrifft.

In den letzten Monaten und Jahren haben Sie bereits gute Ansätze zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit gezeigt. So haben Sie z. B. Handzettel in den Einkaufszentren verteilt, da wo viele Menschen auch hingehen, wo sie gern hingehen – manche Männer natürlich nicht, die gehen nicht so gern einkaufen, zumindest nicht Lebensmittel –, Sie haben Schaukästen genutzt, viele GWA-Gruppen haben auch interessante Internetseiten aufgebaut. Ich denke die Gelegenheiten, auch öffentlich aufmerksam zu machen, sind damit vielschichtig. Und einige von Ihnen haben sich auch auf Seiten von Bürgervereinen, die ja auch in Größenordnungen bestehen, eingebunden.

Wir alle wissen, dass es trotzdem schwierig ist, neue Zielgruppen und Mitstreiter zu gewinnen. Wir sehen ja auch, dass sich einige Stadträte, Stadträtinnen und Fraktionsgeschäftsführer in der GWA-Arbeit engagieren und dass sich die Arbeit mitunter doch auf nur wenige Schultern verteilt.

Ziel der heutigen Veranstaltung soll es sein, gemeinsam zu gucken, wie viel Öffentlichkeitsarbeit, welche Öffentlichkeitsarbeit man noch machen kann, wie kann man Zielgruppen noch besser ansprechen, um eben auch mehr Unterstützung zu gewinnen. Ein Thema, was mir meine Kollegen auch aufgeschrieben haben – ich aber auch live erlebt habe – ist die Frage, wie geht man mit Konflikten um, wenn sich in GWA-Sitzungen plötzlich Menschen einfinden, die der rechten Szene zuzuordnen sind. Wie geht man also damit um, wie reagiert man darauf? Wir hatten seinerzeit eine Broschüre verteilt, die Hinweise und Möglichkeiten aufgezeigt hat, wie man mit der Situation tatsächlich umgehen kann. Wir haben ja auch verschiedene Vereine, die sich mit diesen Bewegungen befassen – Bündnis gegen Rechts zum Beispiel – wo man eben auch dann Hinweise bekommen kann, wie man bei solchen Störungsfaktoren entsprechend agieren kann.

Damit Sie und wir wissen, welche Themen sonst noch interessant sind, hat über das Internet eine Bürgerbefragung stattgefunden. Die Ergebnisse sollen hier heute vorgestellt werden. Da bin ich auch schon sehr gespannt und freue mich darauf zu erfahren, was den Bürgern wichtig ist. Und ich denke, dass diese Ergebnisse für unsere gemeinsame Arbeit auch ganz wichtig sein werden, dass wir daraus eine ganze Menge an Erfahrungsschatz sammeln werden.

Ich möchte Ihnen, den ehrenamtlichen Sprecherinnen und Sprechern der GWA-Gruppen und anderen Teilnehmern, schon im Vorhinein danken. Dank geht auch an die WOBAU GmbH und den Verein Neue Wege e. V., die diese Veranstaltung hier heute auch mit den

entsprechenden Köstlichkeiten unterstützt haben. Und damit möchte ich dann meine lange Rede auch insoweit beenden, mit dem abschließenden Hinweis darauf, dass ich mich freuen würde und hoffe, dass Sie als GWA-Gruppen perspektivisch gemeinsam mit den Willkommensbündnissen in der Stadt uns weiterhin unterstützen, was die Flüchtlingsarbeit betrifft. Wir haben vor, Sie doch mehr zu unterstützen. Wir wollen innerhalb der Verwaltung von Fördermöglichkeiten Gebrauch machen und eine Koordinierungsstelle – ich sage jetzt eine Koordinierungsstelle, sie besteht aber aus mehreren Stellen – in der Stadt etablieren, die dann den Ehrenamtlichen – also auch Ihnen – über das, was Frau Ziegler Hervorragendes leistet, mehr Unterstützung geben wird. Und wir wollen auch gucken, was in den einzelnen Stadtteilen in Bezug auf die Fragen zur Flüchtlingsunterbringung an Unterstützung gegeben werden kann, was Sie uns an Unterstützung geben könnten.

Nachdem, was ich bisher an GWA-Gruppen, Aktivitäten und an entsprechenden Koordinierungen durch Frau Ziegler und Frau Sapandowski im Ehrenamt und natürlich auch Herrn Dr. Gottschalk als Vorgesetzten, kennenlernen konnte, stimmt mich hoffnungsfroh. Ich freue mich auf den Tag heute. Vielen Dank und einen guten Verlauf wünsche ich Ihnen.

Vorstellen der Ergebnisse der Befragung von Bürgerinnen und Bürgern zu
GWA-Themen
Frau Ziegler, Koordinatorin Gemeinwesenarbeit

otto bringt sich ein otto engagiert sich otto ist innovativ otto gestaltet

2. Fachtag zur Gemeinwesenarbeit in Magdeburg

23.11.2015, Roncalli-Haus



otto bringt sich ein otto verbindet jung und alt otto ist innovativ otto gestaltet

Ergebnisse der Befragung von Bürgerinnen und Bürgern

Frau Claudia Ziegler
Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung



Methodik

Online-Fragebogen

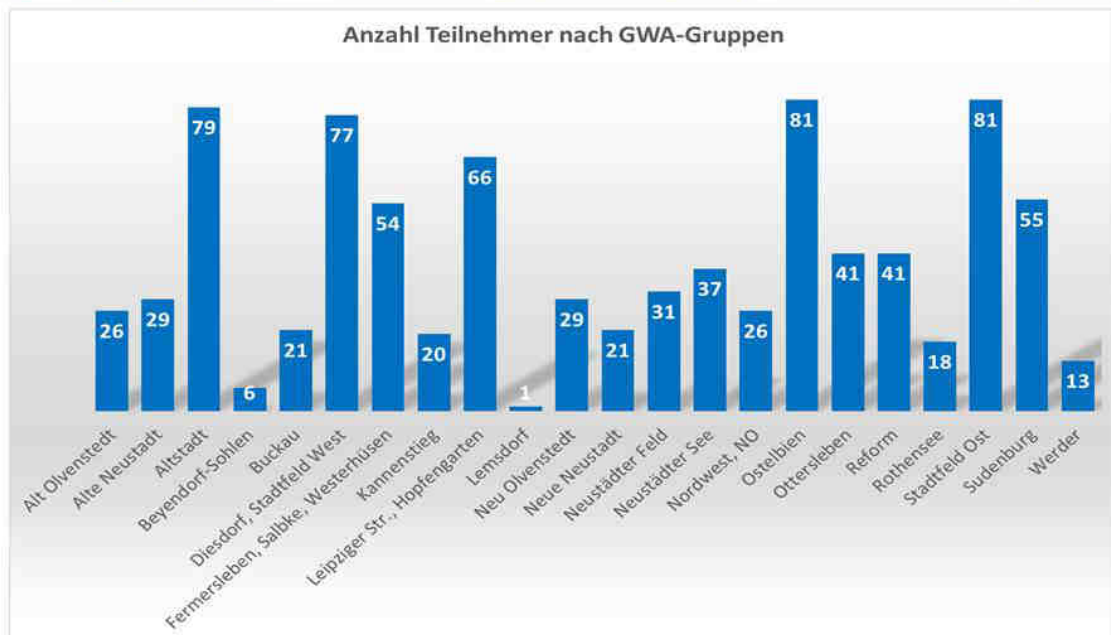
Befragung vom 21.09.2015 bis zum 25.10.2015

in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik

10.000 Personen angeschrieben

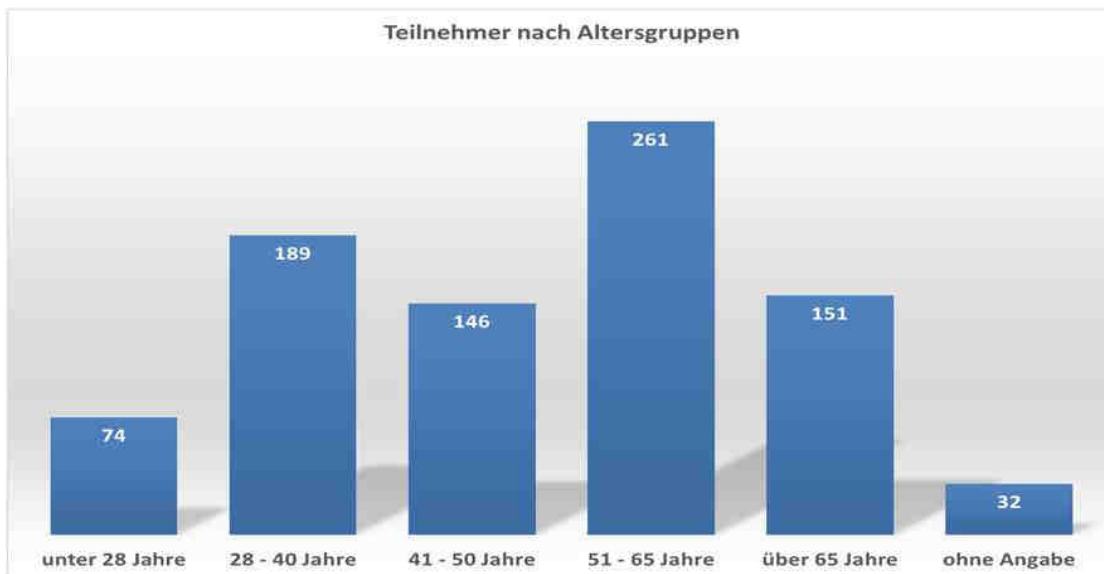
Veröffentlichung in der Presse und im Internet

Teilnehmerzahl: 911

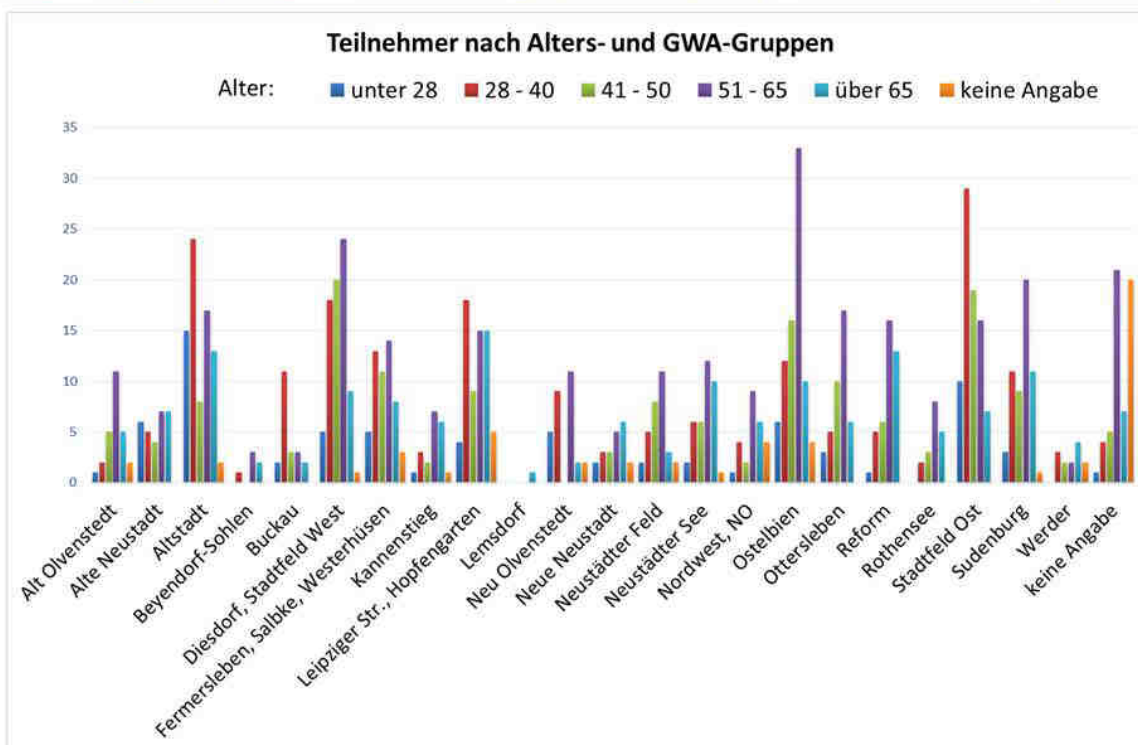


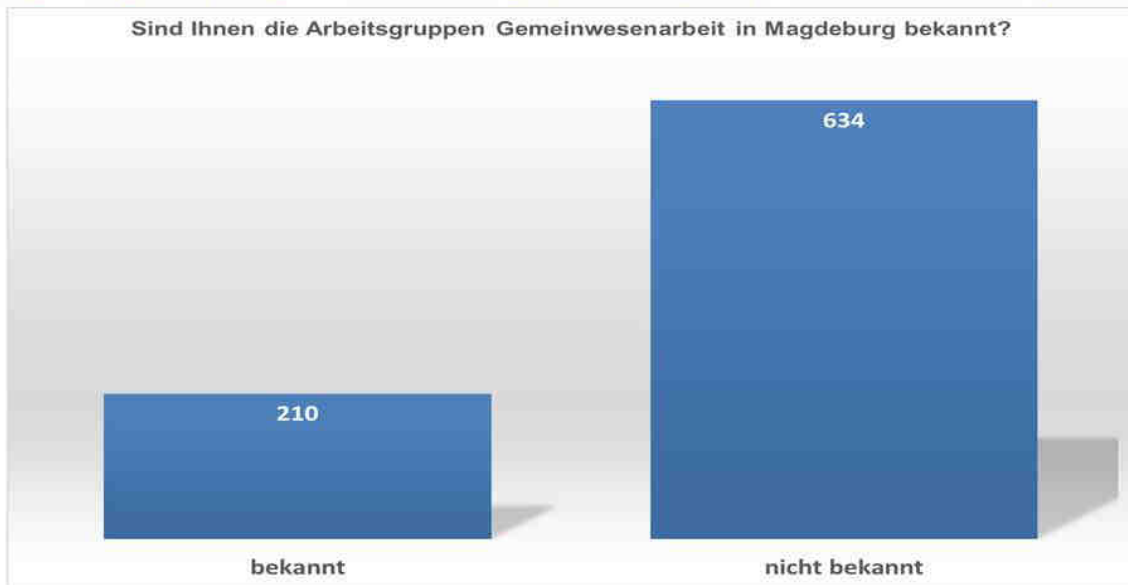
Beteiligung aus allen GWA-Gruppen-Bereichen



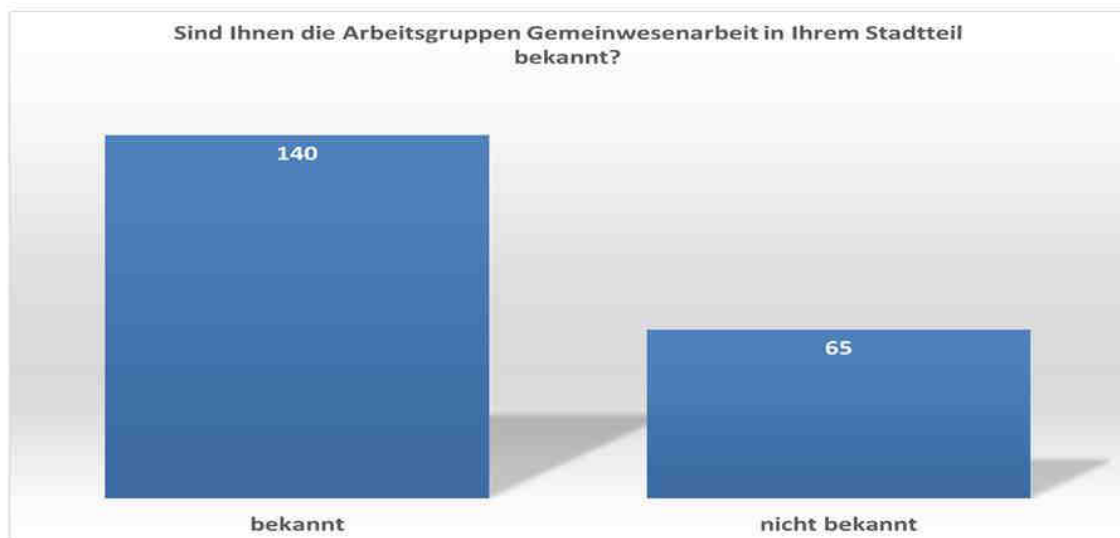


Die Altersgruppe der 51-65-Jährigen ist am stärksten vertreten



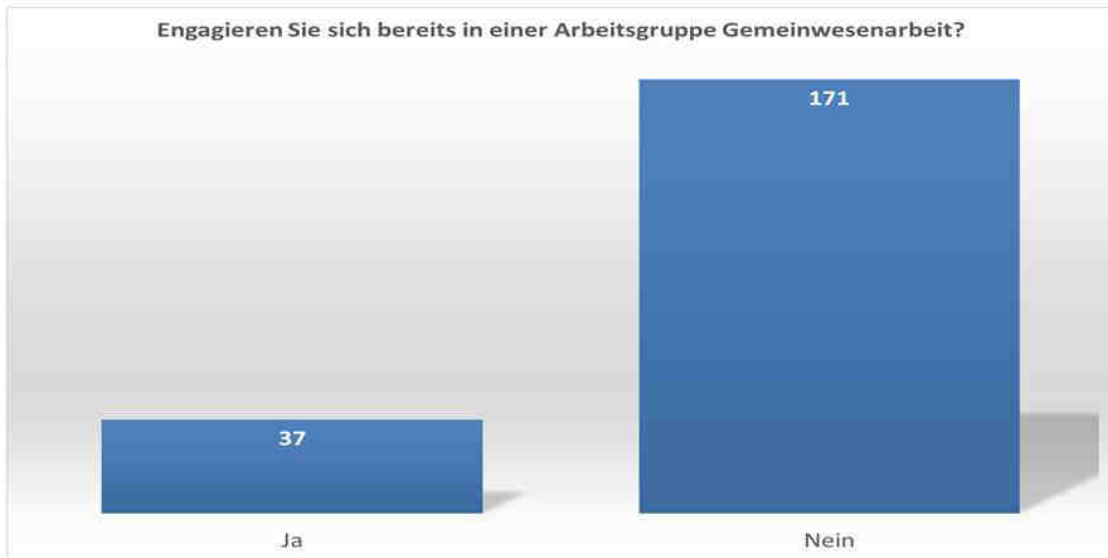


ca. jeder 4. Teilnehmer kennt die GWA-Gruppen in Magdeburg, Über 600 Personen sind durch die Befragung auf die Arbeit der GWA-Gruppen aufmerksam geworden

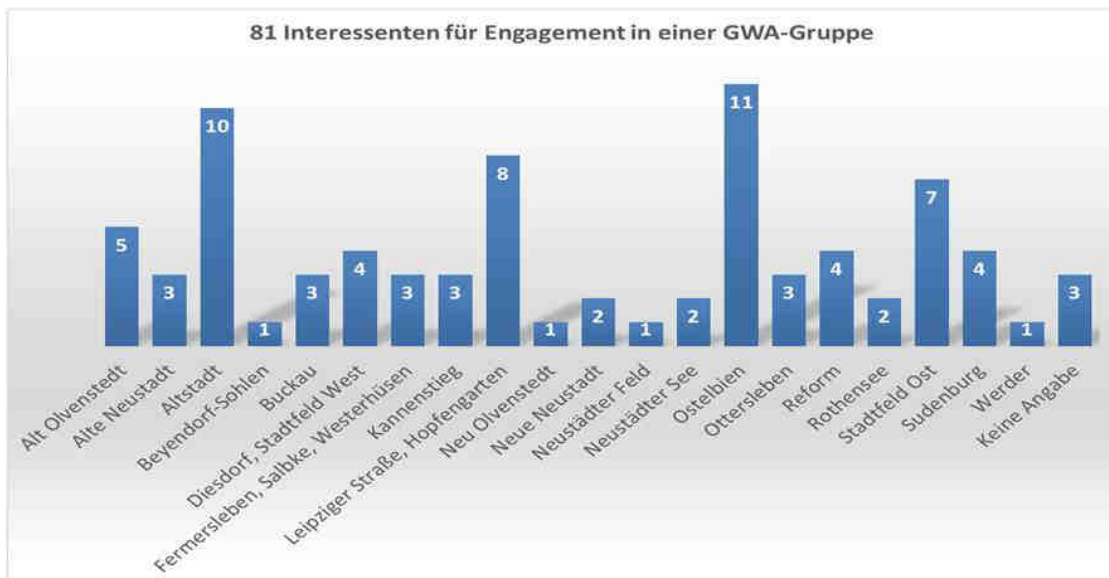


ca. 2/3 derer, die die GWA-Gruppen in Magdeburg kennen, kennen auch die GWA-Gruppe in ihrem Stadtteil



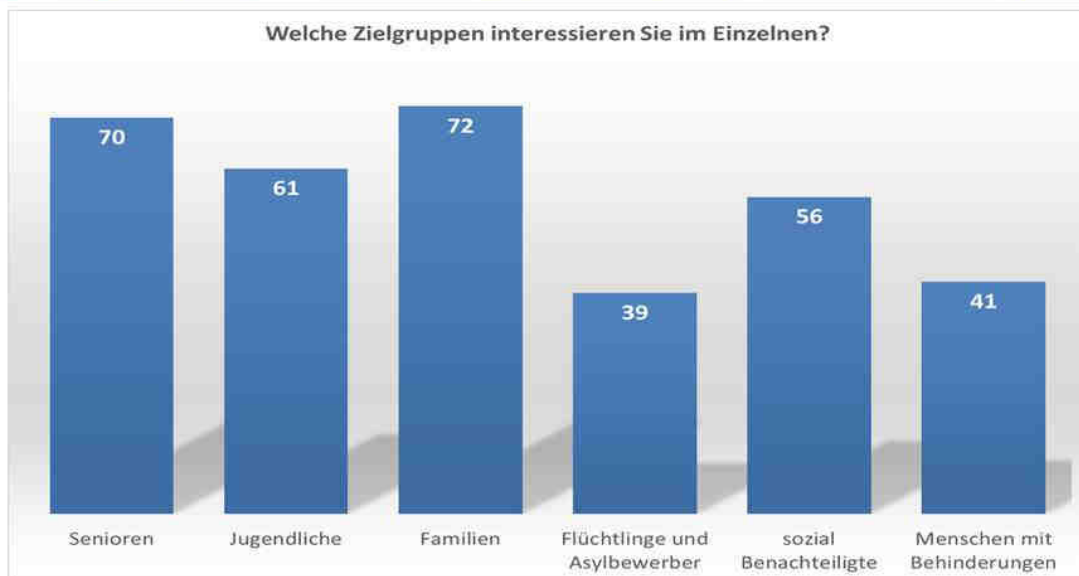
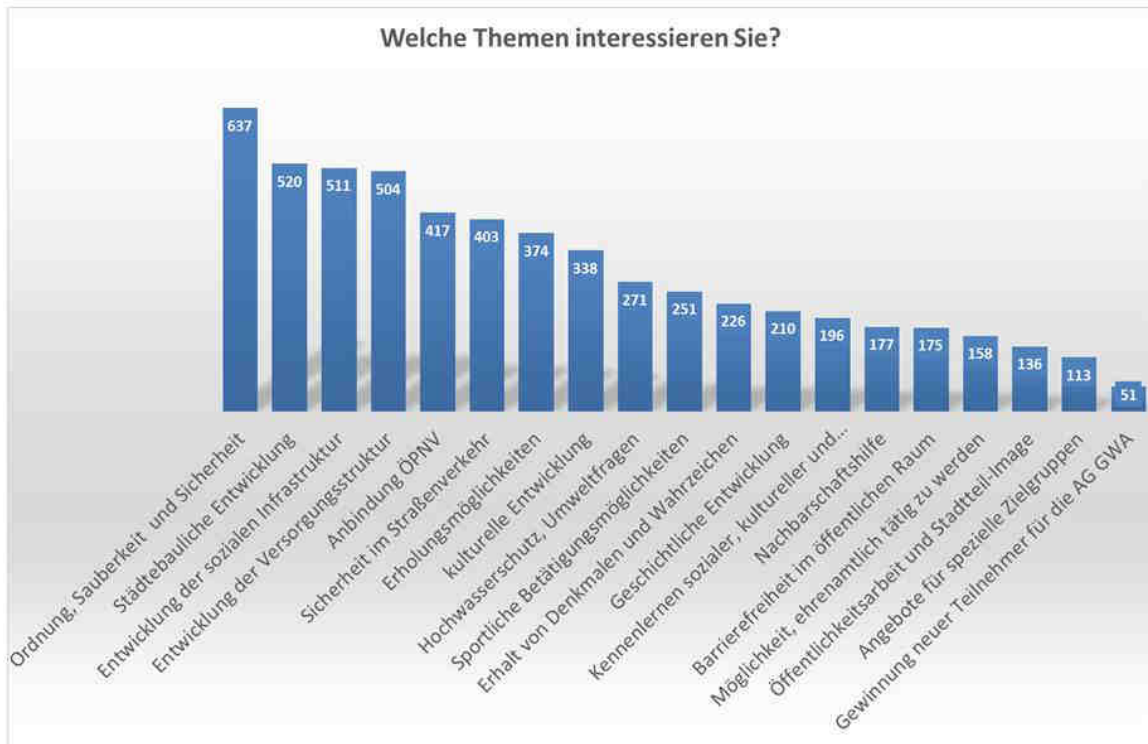


ca. 1/7 derer, die die GWA-Gruppen kennen, engagieren sich bereits



Für 20 Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit haben sich Interessenten gemeldet





Es sind Angebote für alle Zielgruppen gefragt.



Projekte sollten insbesondere die Lebensqualität der Bewohner verbessern.



Welche Themen Ihren Stadtteil betreffend sollten noch bearbeitet werden?

Ordnung, Sicherheit, Sauberkeit

defekte und verschmutzte Rad- und Gehwege, Sicherheit vor Schulen und Kitas, rücksichtslose Verkehrsteilnehmer, mehr Präsenz der Ordnungskräfte und Ahndung von Verstößen

Städtebauliche Entwicklung

Entwicklung leerstehender Grundstücke und Gebäude, Flächen für Eigenheimbau, barrierefreies Bauen, beruhigte Zonen schaffen, Ortskerne aufwerten, bessere Bürgerbeteiligung in transparenteren Planungsprozessen

Entwicklung soziale Infrastruktur

Schulentwicklungsplanung überdenken, Kitaplätze schaffen, Erhalt von Jugend- und Senioreneinrichtungen, Stadtteiltreffpunkte für alle Generationen, Sporthallennutzung auch für Nicht-Sportvereine, bezahlbare Räumlichkeiten für Vereine



Welche Themen Ihren Stadtteil betreffend sollten noch bearbeitet werden?

Verkehrsinfrastruktur

Schaffung von Parkmöglichkeiten, Schaffung mehr Tempo-30-Zonen, Fahrradfreundliche Verkehrsplanung, Umgehungsstraßen, neue und weitere Elbebrücken schnell bauen, Bahnhaltepunkte sanieren und erhalten, Flugplatz nicht weiter ausbauen

Anbindung ÖPNV

Barrierefreiheit schaffen, bessere Anbindungen und Umsteigemöglichkeiten, diese auch zeitlich verbessern, schnelle und zeitnahe Informationen bei Ausfall oder Verzögerungen

Sicherheit im Straßenverkehr

freien Zugang zu Rettungswegen sicherstellen, mehr Kontrollen und Ahndung Falschparker, Tempo-30-Verstöße und Verkehrsverstößen von Radfahrern, Räumdienst im Winter verbessern



Welche Themen Ihren Stadtteil betreffend sollten noch bearbeitet werden?

Entwicklung der Versorgungsstruktur

Schließung von Einkaufsmöglichkeiten und Sparkassen – nachteilig für die ältere Generation, Stärkung kleiner Dienstleistungsunternehmen und Gewerbe, Ansiedlung Handwerker und Gastronomie, Schnelles Internet flächendeckend

Umweltfragen

Luftreinhaltung, Lärmschutzmaßnahmen, Hochwasserschutz, Erhalt natürlich gewachsener Begrünung

Erholungsmöglichkeiten

Spielplätze, Bolzplätze, Grünflächen, Hundeauslaufwiesen fehlen, mehr Sitzbänke und Papierkörbe, Salbker See als Naherholungsgebiet weiter entwickeln



Welche Themen Ihren Stadtteil betreffend sollten noch bearbeitet werden?

Öffentlichkeitsarbeit

Informationsübermittlung überdenken – Alternativen zur Zeitung,
mehr Transparenz der Verwaltung gegenüber den Akteuren,
GWA-Arbeit kaum bekannt, kein Zugang zu GWA-Materialien,
mehr Kooperation aller lokalen Akteure

Impulsreferat

Öffentlichkeitsarbeit und Gewinnung neuer Zielgruppen für die GWA-Arbeit Herr Schenke, Pegasus Werbeagentur GmbH

Kommunikation funktioniert immer gleich, egal ob Werbung und Marketing oder ehrenamtliche Arbeit in den Stadtteilen:

Kommunikation zwischen Sender und Empfänger

Übermittlung von Informationen und (Werbe)Botschaften

Sender (GWA) codiert, Empfänger (Zielgruppe) decodiert

beide benutzen den ihnen zur Verfügung stehenden Vorrat an Zeichen (wird geprägt u. a. durch Bildung, soziales Umfeld, Alter) – Die drei Buchstaben GWA sind eine Insidern geläufige Abkürzung, die für die der allgemeinen Öffentlichkeit meist unbekannt ist. Deshalb werden Pressemitteilungen zwar gelesen, aber nichts von dem bleibt haften.

Mögliche Lösung:

- ein für sich aussagestarkes Logo mit Slogan bzw. Claim entwickeln
- kurze, verständliche Erklärung der Ziele der GWA

Zwei Grundregeln der Kommunikation:

Einige Werbemittel daraufhin überprüfen!

AIDA-Formel

A = Attention - Aufmerksamkeit erregen

I = Interest - Interesse wecken

D = Desire - Wunsch auslösen

A = Action - Aktion/Reaktion hervorrufen

KISS

“Keep it simple and stupid.

Im übertragenen Sinne: Schreib es so einfach, dass es jeder sofort verstehen kann.

Zielgruppen: Wen wollen Sie erreichen?

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg

Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils

bestimmte Alters- oder Interessengruppen im Stadtteil

Journalisten und Medienvertreter...

Um Ihre Zielgruppen zu erreichen, müssen Sie sich mit deren Interessen, Einstellungen und Vorlieben auseinandersetzen

Ansätze Zielgruppen zu beschreiben:

Demografie - Alter, Geschlecht, Familienstand, Einkommen, Grundbesitz, Ausbildung, Wohnort, Nationalität

Einstellungen - Bewusstsein für Umfeld und Umwelt, Qualität, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit, einen bestimmten Status, politische Gesinnung

Lebensstil/Wertevorstellungen – Milieus, die sich aus dem sozialen Umfeld ergeben

Statt neue Zielgruppen zu erschließen, mit den bekannten Zielgruppen noch effizienter kommunizieren und sie zu Multiplikatoren zu machen – Motivation zum Mitmachen

Mediennutzung – Wie informiert sich unsere Zielgruppe?

Einflussfaktoren von Zielgruppen: Bildung, Umfeld, Alter...

Was ist das Ziel des Projektes?

Was genau wollen wir erreichen?

Projektplan, Projektrollen

Zusammenfassende Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit

Herr Schenke, Pegasus Werbeagentur GmbH

- mangelhafte Wahrnehmung der GWA-Gruppen in der Öffentlichkeit, weil wenig bekannt
- mitunter schwierige Mittlerrolle zwischen Bürgern und Stadtverwaltung
- GWA ist sehr erklärungsbedürftig und nur für Insider verständlich
- bessere Vernetzung miteinander
- eine zentrale Website, auf der alle GWA-Gruppen sich vorstellen können

Arbeitsgruppe Konfliktmanagement

Herr Dr. Gottschalk, Landeshauptstadt Magdeburg, Leiter Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung

- Gegenstände sind nicht immer identifizierbar
- interessen geleitete Diskussion
- Umstände der Eskalation feststellen
- Streitkultur etablieren
- Empfehlung: Akteursgruppen ohne namentliche Benennung erfassen
- Zielstellung für den Streitgegenstand je Akteursgruppe erfassen und vergleichen – Deeskalation
- Interaktion zwischen Akteuren erfassen: Denken, Fühlen, Wollen – Management sozialer Konflikte
- eigene Wahrnehmung klären: Ziele, Rollen etc.

DS 0094/13 – Anlage2: Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem
Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

Förderrichtlinie

über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

Inhalt:

Präambel

1. Geltungsbereich, Rechtsgrundlagen und Zuwendungszweck

2. Zuwendungsempfänger

3. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

3.1 Zuwendungsart

3.2 Finanzierungsart

3.3 Höhe der Förderung

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Anforderungen an die AG GWA

4.2 Anforderungen an das Projekt

4.3. einmalige Aufwendung für Sachkosten der Sprecher

5. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6. Verfahren

6.1 Antragsverfahren

6.1.1 Antragstellung

6.1.2 Restmittel

6.1.3 Eigenmittel

6.1.4 einmalige Aufwendung für Sachkosten der Sprecher

6.1.5 vorzeitiger Maßnahmebeginn

6.2 Bewilligungsverfahren

6.3 Auszahlungsmodalitäten und Verwendungsnachweis

7. Sprachliche Gleichstellung

8. In-Kraft-Treten

Präambel

Zuwendungen im Sinne dieser Förderrichtlinie sind grundsätzlich freiwillig gewährte Geldleistungen aus den Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Magdeburg an eine Stelle außerhalb der Verwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke. Die Zuwendungen werden zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben unter der Voraussetzung gewährt, dass ein erhebliches Interesse des Zuwendungsgebers an der Zweckerfüllung durch den Empfänger besteht, welches ohne die Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann und ohne dass der Empfänger darauf vor der Bewilligung einen dem Grunde und der Höhe nach bestimmten Rechtsanspruch hat. Die Landeshauptstadt Magdeburg entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen.

1. Geltungsbereich, Rechtsgrundlagen und Zuwendungszweck

1.1

Diese Förderrichtlinie regelt die Förderung der „Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg“, nachfolgend AG GWA genannt, aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit, nachfolgend Initiativfonds GWA genannt. Grundlage bilden die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Magdeburg und zur Überwachung der erhaltenen und gewährten Zuwendungen im Rahmen des zentralen Fördermittelmanagements“ (DA 02/03) in der jeweils gültigen Fassung sowie die Beschlüsse des Stadtrates 393-6(III)/99 vom 02.12.1999 und 777-18(III)/00 vom 07.09.2000 zur Bildung des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit.

1.2

Die Landeshauptstadt Magdeburg gewährt nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie Zuwendungen zur Förderung von stadtteilbezogenen Projekten unter Einbindung des ehrenamtlichen Engagements von Bewohnern der Landeshauptstadt Magdeburg.

1.3

Ziele der Förderung von Projekten sind:

- Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohner im Stadtteil;
- insbesondere Generationen übergreifende Angebote und Angebote für unterschiedliche Generationen;
- soziale und soziokulturelle Belebung des Stadtteils;
- Vernetzungsstrukturen zwischen lokalen Institutionen, Einrichtungen, Firmen, Vereinen, freien Trägern, öffentlicher Verwaltung, Initiativen, Interessenvertretungen und einzelnen Bewohnern des Stadtteils aufbauen und festigen;
- lokale Ressourcen aufspüren und bündeln;
- soziale Kompetenzen der Bewohner fördern und stärken;
- Verbesserung der Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil;
- Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtteil integrieren.

2. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger im Sinne dieser Förderrichtlinie sind natürliche oder juristische Personen. Soweit es sich um Zuwendungsempfänger ohne eigene Rechtspersönlichkeit handelt, haftet die rechtsfähige, Antrag stellende Person verbindlich für die sachgerechte Verwendung der Mittel.

Der Zuwendungsempfänger muss in der Regel in fachlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht die ordnungsgemäße Durchführung des Projektes und eine zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel gewährleisten.

3. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

3.1 Zuwendungsart

Die Zuwendungen werden aus dem Initiativfonds GWA bereitgestellt. Sie werden grundsätzlich als zweckgebundene Zuschüsse im Rahmen der Projektförderung und einmalig für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher für die Koordination der jeweiligen AG GWA bewilligt.

3.2 Finanzierungsart

Die Finanzierung der Projekte und die einmalige Aufwendung für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel der jeweiligen AG GWA. Die Finanzierung der Projekte erfolgt als Fehlbedarfsfinanzierung. Die Förderung aus dem Initiativfonds GWA ist gegenüber anderen Finanzierungsquellen außerhalb des Haushalts der Landeshauptstadt Magdeburg nachrangig.

3.3 Höhe der Förderung

Die Höhe des Initiativfonds GWA beträgt lt. Stadtratsbeschluss Beschluss-Nr.: 393-6(III)/99 vom 02.12.1999 jährlich 51.200 Euro. Jeder AG GWA steht daraus jährlich ein gleich großer Anteil für stadtteilorientierte Projekte als Gruppenbudget zur Verfügung.

Zuwendungsfähig sind Sachkosten für Projekte.

Einzelgegenstände dürfen einen Wert von 150 Euro (netto) nicht übersteigen.
Alkohol und Tabakwaren sind von der Förderung ausgeschlossen.

Für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher für die Koordination der jeweiligen AG GWA kann in einer Höhe von bis zu 60 EUR pro AG GWA eine einmalige Aufwendung im Kalenderjahr geltend gemacht werden. Diese Mittel sind im Gruppenbudget enthalten. Zuwendungsfähig sind insbesondere Büromaterial, Fahrtkosten lt. Bundesreisekostengesetz, Ausgaben für Weiterbildung im Bereich der GWA-Arbeit und Mittel für Präsente/ Ehrungen zu besonderen Anlässen in der AG GWA.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Anforderungen an die AG GWA

Als AG GWA wird berücksichtigt, wenn diese:

- sich in einem Stadtteil unter der Bezeichnung „Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit“ zusammenschließt;
- grundsätzlich öffentlich, mit festgelegtem Beratungsrhythmus und Tagesordnung, mindestens 4 mal jährlich tagt und die Protokolle der Beratungen als Nachweis der Landeshauptstadt Magdeburg vorlegt;
- sich als eine Gruppe von mindestens 5 Vertretern aus unterschiedlichen Institutionen, Einrichtungen, Firmen, Vereinen, freien Trägern, Initiativen, Interessenvertretungen oder einzelnen Bewohnern des Stadtteils zusammensetzt und
- durch gewählte Sprecher im Außenverhältnis vertreten wird.

Die Förderung einer AG GWA erfolgt, wenn sie im abgelaufenen Kalenderjahr die Kriterien erfüllt hat.

Erfüllt eine AG GWA eine oder mehrere Kriterien nicht, wird sie im darauf folgenden Kalenderjahr nicht aus dem Initiativfonds GWA gefördert. Erfüllt sie in dem nicht geförderten Kalenderjahr die Kriterien, kann sie ab dem darauf folgenden Kalenderjahr wieder gefördert werden.

Die Förderung einer neuen AG GWA erfolgt nach einer einjährigen Tätigkeit zu Beginn des darauf folgenden Kalenderjahres.

4.2 Anforderungen an das Projekt

Gefördert werden können Projekte zur Entwicklung der Gemeinwesenarbeit, die darauf abzielen, Bewohner zu selbstorganisiertem Handeln zu befähigen oder zu aktivieren und die die Kooperation und Vernetzung von Akteuren im Stadtteil entwickeln oder unterstützen.

Es werden Projekte als einzelne, zeitlich und sachlich begrenzte Vorhaben gefördert. Ein Projekt muss innerhalb des laufenden Kalenderjahres in sich abgeschlossen sein.

Jedes Projekt muss vor der Bewilligung durch die Landeshauptstadt Magdeburg durch die für dieses Projekt regional zuständige AG GWA befürwortet und seine Förderung empfohlen werden. Die Empfehlung für das Projekt, einschließlich der Förderhöhe und des Projektträgers sind im Protokoll nachzuweisen.

Die projektbezogene Beteiligung von ehrenamtlich engagierten Bewohnern ist im Projektantrag nachzuweisen.

4.3. Einmalige Aufwendung für Sachkosten der Sprecher

Gefördert werden kann eine einmalige Aufwendung für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA. Diese muss bis zum 30.09. des lfd. Jahres durch die regional zuständige AG GWA befürwortet und die Empfehlung im Protokoll nachgewiesen werden.

Die Förderung von Projekten hat Vorrang vor der Förderung einmaliger Aufwendungen für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA.

5. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Zuwendungsvoraussetzungen sind gegeben, wenn das beantragte Projekt den Zielen des unter 1.3 beschriebenen Zweckes entspricht.

5.1

Im laufenden Haushaltsjahr sollen gleiche Projekte in einer AG GWA nur einmalig gefördert werden.

5.2

Projekte mit gleichen inhaltlichen Ansätzen sollen in einer AG GWA in der Regel höchstens in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren gefördert werden. Für Projekte, die dem Aufbau und der Pflege von Traditionen im Stadtteil dienen, kann auf Empfehlung der AG GWA die zweijährige Befristung aufgehoben werden. Innerhalb jeder AG GWA sind die zur Verfügung stehenden Fördermittel überwiegend für Projekte mit neuen inhaltlichen Ansätzen einzusetzen.

5.3

Um eine Doppelförderung von Projekten zu vermeiden, werden Projekte in der Regel nur aus finanziellen Mitteln einer AG GWA gefördert.

Bei Projekten, an denen mehrere Stadtteile gleichermaßen beteiligt sind, können alle beteiligten AG GWA finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Der Antragsteller reicht dann einen Antrag über die Gesamtsumme ein mit der Bestätigung der Sprecher aller beteiligten AG GWA.

6. Verfahren

6.1 Antragsverfahren

6.1.1 Antragstellung

Der Antrag für ein Projekt ist entsprechend der Anlage 1 dieser Förderrichtlinie in einer Sitzung der für die Projektdurchführung örtlich zuständigen AG GWA zu stellen.

Die entsprechende AG GWA stimmt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Vertreter von Institutionen, Einrichtungen, Firmen, Vereinen, freien Trägern, Initiativen, Interessenvertretungen und einzelnen Bewohnern des Stadtteils über die Anträge ab. Dabei hat jede anwesende Institution, Einrichtung, Firma, Verein, freier Träger, Initiative, Interessenvertretung und jeder Bewohner je eine Stimme.

Die schriftlichen Anträge werden durch einen Sprecher der entsprechenden AG GWA bestätigt und durch den Antragsteller in der Regel bis spätestens drei Wochen vor Projektbeginn bei der Landeshauptstadt Magdeburg gestellt. Das Protokoll der entsprechenden AG GWA mit der Empfehlung für das zuwendungsfähige Projekt ist dem jeweiligen Antrag beizufügen.

Zum Antrag gehören ein Kosten- und Finanzierungsplan sowie eine Erklärung, dass die Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Zuwendungen für die Projektförderung dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Als Beginn eines Vorhabens sind zu werten:

- der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages;
- Handlungen, die erkennen lassen, dass der Projektträger das Projekt in jedem Fall in diesem Umfang durchführt, auch unabhängig von der Förderung aus dem Initiativfonds GWA.

Der Antragsteller ist verpflichtet, der Landeshauptstadt Magdeburg unverzüglich mitzuteilen, wenn sich maßgebliche Umstände für das Projekt ändern oder wegfallen.

Anträge sind vom 01.01. bis 30.09. des lfd. Kalenderjahres für das entsprechende Haushaltsjahr im Rahmen des Gruppenbudgets der AG GWA zu stellen.

6.1.2 Restmittel

Anträge für Projekte auf die nach dem 30.09. des lfd. Kalenderjahres verbleibenden Restmittel können bis zum 15.11. des lfd. Kalenderjahres gestellt werden. Sie können entsprechend der Reihenfolge des Antrageinganges gefördert werden. Dabei werden die Projekte zunächst aus dem möglichen Restbudget der eigenen Arbeitsgruppe, dann aus dem Restbudget der örtlich entsprechenden Sozialregion der Landeshauptstadt Magdeburg gefördert. Wenn auch das erschöpft ist, erfolgt die Förderung aus dem bis dahin noch verfügbaren gesamtstädtischen Restbudget des Initiativfonds Gemeinwesenarbeit.

Die Sprecher der AG GWA werden bis zum 10.10. des lfd. Kalenderjahres über die Höhe der Restmittel informiert.

6.1.3 Eigenmittel

Eigenmittel in Form von unentgeltlichen Leistungen durch projektbeteiligte Akteure können im Kosten- und Finanzierungsplan mit sechs Euro je Stunde in Ansatz gebracht werden.

6.1.4 Einmalige Aufwendung für Sachkosten der Sprecher

Der Erstattungsantrag für die Mittel der einmaligen Aufwendung für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA erfolgt mit dem ausgefüllten Formblatt aus Anlage 2 dieser Förderrichtlinie. Dieser Antrag kann nach Befürwortung entsprechend Ziffer 4.3 bis zum 20.12. des lfd. Kalenderjahres in der Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg gestellt werden.

6.1.5 vorzeitiger Maßnahmebeginn

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses 393-6(III)/99 vom 02.12.1999 kann einem vorzeitigen Maßnahmebeginn während der vorläufigen Haushaltsführung zugestimmt werden. Dazu wird in ausführlich schriftlich begründeten Ausnahmefällen nach Prüfung des Einzelfalls im Rahmen der Ermessensausübung entschieden. Ermessensleitende Voraussetzungen sind dabei:

- aus der Durchführung des Projektes ergibt sich ein erhebliches Interesse der Stadt;
- das Projekt ist aus sachlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht aufschiebbar.

Der Antrag auf einen vorzeitigen Maßnahmebeginn ist entsprechend der Anlage 3 dieser Förderrichtlinie zu stellen.

Die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns beinhaltet noch keine Entscheidung über die spätere Bewilligung der beantragten Zuwendung.

6.2 Bewilligungsverfahren

Die Zuwendung wird durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid bewilligt. Der eingereichte und bewilligte Kosten- und Finanzierungsplan gilt für das Projekt als verbindlich. Ein Ablehnungsbescheid ist dem Antragsteller unter Angabe von Gründen schriftlich bekannt zu geben.

Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zweckes verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

Die „Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest.-P) - Nur gültig für die Förderung von Projekten aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ entsprechend Anlage 4 dieser Förderrichtlinie sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides.

6.3 Auszahlungsmodalitäten und Verwendungsnachweis

Die Finanzierung der Projekte und die einmalige Aufwendung für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA erfolgt nach dem Erstattungsprinzip.

Der Verwendungsnachweis für Projekte umfasst das ausgefüllte Formblatt aus der Anlage 5 dieser Förderrichtlinie, die Originalbelege und den Nachweis der projektbezogenen Öffentlichkeitsarbeit. Die Projektumsetzung muss spätestens 4 Wochen nach Projektende nachgewiesen werden.

Die Erstattung der verauslagten Mittel erfolgt nach Prüfung des Verwendungsnachweises. Das im Zuwendungsbescheid genannte Datum für die Abgabe des Verwendungsnachweises ist für den Zuwendungsempfänger verbindlich. Bei Nichteinhaltung des Abgabetermins kann der Zuwendungsbescheid widerrufen werden.

Die Erstattung der einmaligen Aufwendung für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA erfolgt einmal jährlich in einer Summe. Dazu sind dem Erstattungsantrag die Originalbelege beizufügen.

7. Sprachliche Gleichstellung

Personenbezeichnungen in dieser Richtlinie gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

8. In-Kraft-Treten

Diese Förderrichtlinie tritt zum 01.09.2013 in Kraft. Zeitgleich tritt die „Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ vom 27.10.2009 außer Kraft.

Dr. Trümper

Anlagen

- Anlage 1: Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
- Anlage 2: Antrag auf Erstattung einer einmaligen Aufwendung für tatsächlich entstandene Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
- Anlage 3: Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn zur Gewährung einer Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
- Anlage 4: Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest.-P) – Nur gültig für die Förderung von Projekten aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
- Anlage 5: Verwendungsnachweis und Sachbericht über die Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

Arbeitsgruppe zur Entwicklung
und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit
im Stadtteil

Datum: _____

Antragsteller für dieses Projekt (Name; Anschrift)

Landeshauptstadt Magdeburg
Stabsstelle V/02
Koordination Gemeinwesenarbeit
Frau Ziegler
39090 Magdeburg

Eingang: _____

Aktenzeichen: _____

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

1.) Bezeichnen Sie das Projekt mit einem Kurztitel:

2.) Wann und wo soll das Projekt stattfinden?

Durchführungszeitraum: vom _____ bis _____

oder
Datum, Uhrzeit: _____

Veranstaltungsort: _____

3.) Ansprechpartner für dieses Projekt:

Name: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

4.) Welche Ziele werden durch das Projekt verfolgt?

5.) Gesamtkosten- und Finanzierungsplan

Gesamtkostenplan

lfd. Nr.	Bezeichnung ¹	Kauf bei	Höhe der Kosten in EUR
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
Gesamtkosten:			

Kosten, die aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit erstattet werden sollen, sind mit einem Kreuz in der lfd. Nr. zu kennzeichnen.

Gesamtfinanzierungsplan

	Höhe der Einnahmen in EUR
Eigenmittel (z. B. unentgeltliche Leistungen von BewohnerInnen):	
Mittel Dritter	
a) ohne öffentliche Förderung (z. B. Spenden, Sponsoring, Eintritte):	
b) weitere öffentliche Fördermittel:	
Gesamteinnahmen:	
Gesamtkosten – Gesamteinnahmen = Zuschuss aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in Euro	

¹ Bitte Gesamtposition angeben, nicht jedes einzelne Detail (Bsp.: nicht Papier, Schere, Kleber, sondern: Bastelmaterial)

6.) Wer wird wie am Projekt beteiligt?

a) Welche Zielgruppe(n) soll(en) mit diesem Projekt angesprochen werden?

b) Wie wird für das Projekt Bürgerbeteiligung organisiert?

c) Welche Vereine, Einrichtungen, Initiativen des Stadtteils beteiligen sich noch am Projekt?

7.) In welcher Form wird Öffentlichkeitsarbeit geleistet?

8.) Erklärung

Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht begonnen, bevor der
Zuwendungsbescheid ergangen ist.

Ort, Datum: _____

AntragstellerIn: _____

Für die Arbeitsgruppe;
Sprecher/Sprecherin der AG GWA

Anlage:
Protokoll der Abstimmung

Absender: _____

Datum: _____

Sprecher der AG GWA:

Landeshauptstadt Magdeburg
Stabsstelle V/02
Koordination Gemeinwesenarbeit
Frau Ziegler
39090 Magdeburg

Eingang: _____

Aktenzeichen: _____

**Antrag auf Erstattung einer einmaligen Aufwendung für tatsächlich entstandene
Sachausgaben der Sprecher zur Koordination der jeweiligen AG GWA aus dem
Initiativfonds Gemeinwesenarbeit**

Von mir/ uns sind folgende Sachausgaben verauslagt worden:

Lfd. Nr.	Kauf bei	Betrag in Euro
	Gesamt:	

Die verauslagten Kosten sind zu überweisen an:

Bankverbindung: Konto – Nr.: _____ BLZ: _____

Kreditinstitut: _____

Kontoinhaber: Name, Vorname / Verein: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Erklärung:

Die Ausgaben waren für die Koordination der AG GWA notwendig und wurden wirtschaftlich
und sparsam eingesetzt.

Für die Richtigkeit der Angaben: Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Anlage

Originalbelege in der oben genannten Reihenfolge

Arbeitsgruppe zur Entwicklung
und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit
im Stadtteil

Datum: _____

Antragsteller für dieses Projekt (Name; Anschrift, Tel.):

Landeshauptstadt Magdeburg
Stabsstelle V/02
Koordination Gemeinwesenarbeit
Frau Ziegler
39090 Magdeburg

Eingang: _____

Aktenzeichen: _____

**Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn
zur Gewährung einer Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit**
(Hinweis: Die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns beinhaltet noch keine Entscheidung
über die spätere Bewilligung der beantragten Zuwendung)

1.) Bezeichnen Sie das Projekt mit einem Kurztitel:

2.) Wann soll das Projekt stattfinden?

Durchführungszeitraum: vom: _____ bis: _____
oder
Datum, Uhrzeit: _____

3.) Beantragter Zuschuss aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit in Euro:

Hiermit beantrage ich für das oben genannte Projekt den vorzeitigen Maßnahmebeginn.

4.) ausführliche Begründung:

Ort, Datum: _____

AntragstellerIn:

Für die Arbeitsgruppe:

SprecherIn der AG

Anlage:

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit

**Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest.-P)
-Nur gültig für die Förderung von Projekten aus dem Initiativfonds
Gemeinwesenarbeit-**

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne des § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) sowie notwendige Erläuterungen. Sie sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

1. Anforderung und Verwendung der Zuwendung

1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zweckes verwandt werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

1.2 Alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen und der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich. Die Einzelansätze dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen ausgeglichen werden können. Beruht die Überschreitung eines Einzelansatzes auf behördlichen Bedingungen oder Auflagen, sind innerhalb des Gesamtergebnisses des Finanzierungsplanes auch weitergehende Abweichungen zulässig. Anträge auf Umbewilligungen sind vor der Mittelinanspruchnahme zu stellen. Die Mitteilungspflichten gemäß Ziff. 3.1 sind zu beachten.

1.3 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist. (zum Widerruf siehe auch Ziff. 5)

1.4 Rücklagen und Rückstellungen dürfen aus Bewilligungsmitteln nicht gebildet werden, es sei denn, es ist gesetzlich vorgeschrieben.

2. Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung

Ermäßigen sich nach der Bewilligung die im Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung bei Fehlbedarfsfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag. Zweckgebundene Spenden werden von dieser Regelung nicht erfasst.

3. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Landeshauptstadt Magdeburg anzuzeigen, wenn:

3.1 für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen. Dazu gehören:

3.1.1 Änderungen gegenüber dem der Bewilligung zugrundeliegenden Finanzierungsplan. Dazu gehören auch:

- weitere Zuwendungen für den gleichen Zuwendungszweck,
- Ermäßigung der Gesamtausgaben oder Änderung der Finanzierung um mehr als 500 EUR,

3.1.2 Änderungen gegenüber dem bewilligten Durchführungszeitraum,

3.1.3 Wegfall des Zuwendungszwecks oder Teilen davon, nach Art und Umfang,

3.1.4 sich Anhaltspunkte ergeben, dass sich der Zuwendungszweck mit der bewilligten Zuwendung nicht erreichen lässt.

3.2 Ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren gegen ihn beantragt oder eröffnet wird.

4 Nachweis der Verwendung

4.1 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis und dem Sachbericht entsprechend dem Zuwendungsbescheid beigefügten Formular.

4.2 Aus dem Nachweis müssen Tag, Empfänger/Einzahler sowie Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung ersichtlich sein. Im Verwendungsnachweis werden nur Rechnungen anerkannt, deren Kostenpositionen tatsächlich inhaltlich anerkannt sind und deren in Rechnung gestellte Leistung tatsächlich in der Projektlaufzeit bzw. im Bewilligungszeitraum getätigt wurde. Die Ausstellung der Rechnung nach der Beendigung des Projektes muss im geschäftsüblichen Zeitraum sowie innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist erfolgt sein. Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG hat, dürfen nur Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.

4.3 Mit dem Nachweis sind die Belege über die Einzelzahlungen im Original und Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen.

4.4 Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung, den Zahlungsbeweis und bei Gegenständen den Verwendungszweck.

4.5 Im Verwendungsnachweis ist zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist.

4.6 Der Zuwendungsempfänger hat die Belege fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, soweit nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.

4.7 Es ist prinzipiell für jeden Zuwendungsbescheid ein Verwendungsnachweis zu erbringen. Ausnahmen sind zulässig, wenn der Zuwendungsempfänger in Einzelfällen von verschiedenen Ämtern der Landeshauptstadt Magdeburg eine Förderung für den gleichen Verwendungszweck erhält.

4.8 Terminverlängerungen für Verwendungsnachweise sind schriftlich zu beantragen und ausführlich zu begründen

5 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

5.1 Die Zuwendung ist vom Zuwendungsempfänger zurück zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht (§§ 48 ff. VwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften unwirksam ist oder mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird.

5.2 Ziff. 5.1 gilt insbesondere wenn,

5.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z.B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung),

5.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,

5.2.3 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird.

5.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht termingerecht vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 3) nicht rechtzeitig nachkommt.

5.4 Der Rückzahlungsanspruch ist entsprechend § 49a VwVfG mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen.

5.5 In den Fällen der Ziffern 5.2. bis 5.4. prüft das zuständige Fachamt bei der Ausübung seines Ermessens die Besonderheiten des Einzelfalles und berücksichtigt gleichermaßen die Interessen des Zuwendungsempfängers und die städtischen Interessen.

6 Prüfung der Verwendung

6.1 Es liegt im Ermessen der Verwaltung, beim Zuwendungsempfänger vor Ort den tatsächlich erreichten Verwendungszweck zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Zu diesem Zweck hat der Zuwendungsempfänger die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

6.2 Das Rechnungsprüfungsamt prüft im Rahmen seines Ermessens die Verwendung der Mittel hinsichtlich der Sicherung des zu erreichenden Verwendungszweckes und des sparsamen und wirtschaftlichen Einsatzes der Mittel beim Zuwendungsempfänger. Der Zuwendungsempfänger ist in diesem Rahmen zur Auskunft gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt verpflichtet.

Absender: _____

Landeshauptstadt Magdeburg
 Stabsstelle V/02
 Koordination Gemeinwesenarbeit
 Frau Ziegler
 39090 Magdeburg

Eingang: _____

Aktenzeichen: _____

**Verwendungsnachweis und Sachbericht
 über die Zuwendung aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit**

GWA - Arbeitsgruppe: _____

Projekt – Titel: _____

Projektdatum / -zeitraum: _____

Anzahl der Teilnehmer: _____

Projektziele erreicht? ja nein, Begründung bitte auf Beiblatt

Für das oben genannte Projekt sind von mir / uns folgende Kosten verauslagt worden:

Lfd. Nr.	Kauf bei	Betrag in Euro
Gesamt:		

Die verauslagten Kosten sind zu überweisen an:

Bankverbindung: Konto – Nr.: _____ BLZ: _____

Kreditinstitut: _____

Kontoinhaber: Name, Vorname / Verein: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Erklärung:

Die Ausgaben waren notwendig, die Zuwendung wurde wirtschaftlich und sparsam eingesetzt.

Für die Richtigkeit der Angaben: Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Anlage

Originalbelege in der oben genannten Reihenfolge

Nachweis der Öffentlichkeit